

DOMINIK RIGOLL / YVES MÜLLER

Zeitgeschichte des Nationalismus

Für eine Historisierung von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus als politische Nationalismen*

»Nationalismus heute ist überholt und aktuell zugleich.«¹

Der erste Anlauf, in der Bundesrepublik eine zeithistorische Nationalismusforschung zu etablieren, wurde in den 1960er-Jahren unternommen. Damals – die NPD feierte gerade ihre ersten Wahlerfolge – erschienen einige Bücher, die rechte Parteien wie diese nicht als »Neonazismus« oder »Rechtsradikalismus« untersuchten, sondern – als Nationalismus. Eines davon war Kurt P. Taubers »Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945«.² Das zweibändige Werk besticht bis heute durch seine Multiperspektivität. Anders als die aktuelle Rechtsextremismusforschung untersucht Tauber, der als Kind 1939 nach dem »Anschluss« Österreichs aus Wien in die USA geflohen war³, nicht nur *organisierten Nationalismus*, also rechte Vereinigungen, Netzwerke, Milieus mitsamt ihren Sympathisanten und Medien. Er hat auch die *staatliche Ordnungspolitik* der Alliierten im Blick, die von 1945 bis 1949/55 eine Renaissance des politischen Nationalismus erschwerte. Tauber fokussiert zudem *gesellschaftlich integrierten Nationalismus*: frühere Funktionsträger des Naziregimes in den Institutionen, die er nicht als »Belastete« untersucht, sondern als *nationalistische Kräfte* (»nationalist forces«), regionale Zeitungen mit rechter Rhetorik sowie *rechtsoffene* Konservative, Liberale und Linke, die sich in ihrem Buhlen um die Wählerschaft rechter Parteien oder die Loyalität rechter Eliten deren Forderungen aneigneten – ein Phänomen, das Kurt Sontheimer 1966 als *Nationalisierung* demokratischer Parteien bezeichnete.⁴

Die Nationalismusstudien der 1960er-Jahre waren aber nicht nur multiperspektivischer als die spätere Rechtsextremismusforschung, sondern auch historischer, da sie nicht mit 1945 oder 1949 ansetzten, sondern viel früher: Taubers Buch beginnt mit dem antinapoleonischen Befreiungsnationalismus; Helga Grebing veröffentlichte 1967 einen Text zu »Nationalismus und Demokratie in Deutschland« seit dem 19. Jahrhundert; Lutz Niethammer beginnt sein Buch über den »Angepassten Faschismus« der NPD im Jahr 1969 mit einem Parforceritt durch die Geschichte des »integralen« und

* Der Beitrag ist Kurt P. Tauber, Lutz Niethammer und Otto Dann gewidmet, deren Forschungen wir viel verdanken. Für ihre wertvolle Kritik an früheren Textfassungen danken wir Frank Bösch, Gideon Botsch, Claudia Gatzka, Christina Morina, Christoph Schulze und Winfried Süß.

1 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit [1959], in: *ders.*, Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main 1963, S. 125–146, hier: S. 137.

2 Kurt P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, Wisconsin 1967.

3 Former Prof. Kurt Tauber Reflects on Time at the College, in: *The Williams Record*, 19.12.2019.

4 Kurt Sontheimer, *Sehnsucht nach der Nation? Drei Plädoyers*, München 1966, S. 26.

»organisierten Nationalismus« seit der Aufklärung.⁵ Terminologisch knüpfte er damit an eine Nationalismusforschung an, die Mussolini, Hitler und Pétain nicht mit deren Selbstbezeichnungen als »Faschist«, »Nationalsozialist« und »Nationalrevolutionär« analysiert, sondern schlicht – als Nationalisten. Tatsächlich taten nationalistische Führer nach dem Ersten Weltkrieg zwar gerne so, als sei ihre Politik etwas völlig Neues, diese Akteure, Ideologien, Praktiken und Strukturen standen aber in der Kontinuität eines rechten Nationalismus, der im 19. Jahrhundert im Konflikt mit dem Sozialismus und Linksliberalismus entstanden war.⁶ Diese nationalistische Bewegung erstarkte nach 1918 massiv, schien nach 1945 am Ende zu sein und ist inzwischen in Gestalt eines populistischen Nationalismus vielerorts wieder an der Macht.⁷

Die Ausgangsthese dieses Beitrags lautet, dass sich dieser politische Nationalismus im 20. Jahrhundert zu einer vierten politischen Hauptströmung neben dem politischen Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus entwickelte, jedoch als solche noch kaum untersucht wurde, weil man bis vor Kurzem davon ausging, dass sich der Nationalismus als erfolgreiche Kraft im (geteilten) Deutschland und im »Westen« seit 1945 überlebt habe. Heinrich August Winkler etwa schrieb 1993 von einer »Entlegitimierung des deutschen Nationalismus« durch Hitler; Martin Sabrow sah 2003 »die Idee der Nation erkennbar auf dem Rückzug« und »im Grunde nur noch auf dem sportlichen Gebiet« lebendig; Hans-Ulrich Wehler formulierte 2007, dass der »Vulkan des Radikalnationalismus« in Deutschland 1945 »erlosch[en]« sei.⁸ Zumindest implizit findet man ganz ähnliche Vorstellungen oder Prognosen freilich auch in wichtigen zeithistorischen Überblicken und Gegenwartsgeschichten.⁹ Ein zweiter Anlauf zur Historisierung des politischen Nationalismus im letzten Jahrhundert erscheint also vonnöten. Begriffe, die dabei dienlich sein könnten, sind bei Erstverwendung kursiv markiert.

Ein erstes begriffliches Instrumentarium für diese Historisierung können die wenigen Studien liefern, die Nationalismus nicht mit Karl Wolfgang Deutsch als Form

5 Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 3–18; Helga Grebing, *Nationalismus und Demokratie in Deutschland*, in: Iring Fetscher (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt am Main 1967, S. 31–65; Lutz Niethammer, *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt am Main 1969, S. 12–31.

6 Carlton Hayes, *The Historical Evolution of Modern Nationalism*, New York 1931; Eugen Lemberg, *Geschichte des Nationalismus in Europa*, Stuttgart 1950; ders., *Nationalismus*, Bd. 1, Reinbek 1967.

7 Zum populistischen Nationalismus der Gegenwart lesenswert Rolf-Ulrich Kunze, *Nationalismus. Illusionen und Realitäten. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Stuttgart 2019; Fernando López-Alves/Diane E. Johnson (Hrsg.), *Populist Nationalism in Europe and the Americas*, London 2019.

8 Heinrich August Winkler, *Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945*, in: ders./Hartmut Kaelble (Hrsg.), *Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität*, Stuttgart 1993, S. 12–33, hier: S. 12; Martin Sabrow (Hrsg.), *Abschied von der Nation? Deutsche Geschichte und europäische Zukunft*, Leipzig 2003, S. 62; Hans-Ulrich Wehler, *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2007 (zuerst 2001), S. 87.

9 So etwa bei Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1251. Nicht eigens behandelt wird die nationalistische Rechte in den Gesellschaften des sogenannten Westens zum Beispiel auch bei Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016; Andreas Rödter, *21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015; Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

politischer Kommunikation analysieren¹⁰, sondern als politische Bewegung. Der US-amerikanische (auch Zeit-)Historiker Carlton Hayes hat bereits 1931 mit Blick auf die »Action française«, den Faschismus und den Nazismus von *integrale Nationalismus* gesprochen – ein Terminus, der auch Eingang in die westdeutsche Nationalismusforschung fand.¹¹ Integral – im Sinne von ganzheitlich – war dieser politische Nationalismus in der Tat insofern, als er sich, anders als die frühen Nationalbewegungen, nicht mit der »Schaffung oder Bewahrung eines Nationalstaates«¹² zufriedengab, sondern die Nationsbildung gleichsam weitertreiben wollte – durch den Ausschluss bestimmter Gruppen aus dem Nationalvolk und die Expansion des Nationalstaats. Erkenntnisfördernd ist auch der Begriff *organisierter Nationalismus*, weil er darauf abhebt, dass es sich hier um eine politische Bewegung handelt, die auf die Verwirklichung einer nationalistischen Programmatik oder Utopie hinarbeitet und zu diesem Zweck spezifische politische Akteure, Praktiken, Ideologien und Strukturen hervorbringt.¹³ Sinnvoll erscheint schließlich die analytische Unterscheidung zwischen politischem Nationalismus einerseits und politischem *Nationismus* andererseits.¹⁴ *Nationistische* Akteure divergieren von nationalistischen insofern, als Nationalstaat und Nationalvolk zwar auch ihren Bezugsrahmen bilden, sie die beiden jedoch nicht – wie die politische Rechte – nach nationalistischen Kriterien ordnen wollen, sondern zum Beispiel nach liberalen, konservativen, sozialistischen oder christlichen. Auch *Nationisten* handeln regelmäßig nationalistisch und sind somit Teil des Nationalismus als politischer Kommunikation. Sie sind jedoch nicht Teil einer nationalistischen Bewegung.

Im allgemeinen Sprachgebrauch wie auch in Zeitgeschichte, Politik- und Sozialwissenschaft wird politischer Nationalismus meist mit normativen und relationalen Begriffen belegt, die ihn als Abweichung zum »gemäßigten Nationalismus« oder »Patriotismus« markieren (»othern«). Diese Begriffe sollten nicht als Analysebegriffe verwendet, sondern historisiert werden. Normativ und unpräzise sind Termini wie »radikaler« und »extremer Nationalismus« respektive »radikale« und »extreme Rechte«, denn neben *gegenrevolutionären Kräften*, die den Umsturz wollten, umfasste politischer Nationalismus stets auch *evolutionäre Kräfte*, namentlich im liberal-, konservativ- und regional-nationalistischen Spektrum oder in der Person rechter »Hardliner« in demokratischen Parteien. Aus demselben Grund greifen Begriffe wie »Faschismus« und »nationale Opposition« zu kurz. Problematisch ist im Grunde auch der häufige Gebrauch von »Nationalsozialismus« und »Nationalsozialist«. Da die NSDAP keine sozialistische Arbeiterpartei war, sondern eine nationalistische Sammlungspartei, die sich zur Ge-

10 Karl W. Deutsch, *Der Nationalismus und seine Alternativen*, München 1972 (zuerst engl. 1969).

11 Vgl. Anm. 5 und 6 sowie Lemberg, *Geschichte des Nationalismus in Europa*, Kap. IX; Peter Alter, *Nationalismus*, Frankfurt am Main 1985, S. 43–59; Winkler, *Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945*, S. 13.

12 So die Minimaldefinition von »Nationalismus« von Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 190. Eigene Hervorhebung.

13 Anm. 5; Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1996; Christian Jansen/Henning Borggräfe, *Nation – Nationalität – Nationalismus*, Frankfurt am Main 2007.

14 In Anlehnung an Joshua A. Fishman, *Nationality-Nationalism and Nation-Nationism*, in: ders./Charles Albert Ferguson/Jyotirindra Das Gupata (Hrsg.), *Language Problems of Developing Nations*, New York 1968, S. 39–51; Bernard Cassen, *Nationismus gegen Nationalismus*, in: *Le Monde diplomatique*, 13.3.1998.

winnung »der Massen« sozialistische Ideologeme und Praktiken aneignete, um sie dann nationalistisch auszubuchstabieren, werden hier die auch international üblicheren Termini Nazismus und Nazi verwendet.¹⁵

Idealtypisch lassen sich innerhalb des politischen Nationalismus bis zum Zweiten Weltkrieg zwei Hauptströmungen identifizieren, die es in jeweils unterschiedlichen Ausprägungen auch in anderen großen Industriestaaten gab. In der deutschen Nationalismusforschung ist hier oft von »altem« und »neuem Nationalismus« die Rede.¹⁶ Der Beitrag, der hier auch Teilaspekte eines größeren Forschungsprojekts diskutiert¹⁷, unterscheidet stattdessen nach inhaltlichen Kriterien zwischen *etatistischem* (staatsbezogenem) und *populistischem* (volksbezogenem) Nationalismus. Letzterer bezeichnete sich hierzulande lange als »deutsch« oder »völkisch«. Erfunden worden war der Begriff »völkisch« bereits im Jahr 1870, um das aus dem Lateinischen stammende »national« zu verdeutschen.¹⁸ Die Rede vom »völkischen Nationalismus« ist daher im Grunde tautologisch. Der *Staatsnationalismus* (der unter anderem nationalkonservativ, -liberal, -klerikal und -regionalistisch sein konnte) schrieb sich in der Innenpolitik den Ausbau eines starken Staats auf die Fahnen; sein außenpolitisches Programm zielte bis 1945 auf die imperiale Expansion des Staats und seiner Einflussosphäre ab. Beides sollte unter anderem durch den Ausschluss von linken und jüdischen Menschen aus dem öffentlichen Leben bei gleichzeitiger Privilegierung »nationaler« Kräfte erreicht werden. Der *Volksnationalismus* propagierte bis 1945 eine Bevölkerungs- und Körperpolitik, die nach außen auf die Eroberung von »Lebensraum« und im Innern auf die Schaffung einer »nationalen Volksgemeinschaft« abzielte sowie auf die Ausgrenzung störender und die Züchtung erwünschter Menschen. Nicht nur »Fremde«, sondern auch »Kranke«, »Perverse« und »Asoziale« sollten aus dem Nationalvolk ausgeschlossen werden. In der historischen Realität waren die Übergänge zwischen staats- und volksbezogenem Nationalismus freilich fließend. Beide waren chauvinistisch, antipluralistisch, antisozialistisch, rassistisch, eugenistisch, imperialistisch, etatistisch, autoritär, homophob und sexistisch. So lauten zentrale Kriterien, nach denen beide Staat und Volk zu organisieren gedachten. Sie setzten aber verschiedene Akzente: Vertrat der *Nationalletatismus* eher die Interessen von Eliten, nahm der *Nationalpopulismus* für sich in Anspruch, das ganze Volk besserstellen zu wollen. Beider politisches Nahziel war kein vom Nationalen losgelöster Rassestaat, sondern ein nationalistisch organisierter Na-

15 Zur »NS«-Nomenklatur und zum Nazismus-Begriff auch Rüdiger Hachtman, Nazismus (»Nationalsozialismus«), in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 9/II, im Erscheinen.

16 Vgl. etwa Stefan Brewer, Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte, Stuttgart 2010, S. 154–203; Wehler, Nationalismus, S. 85.

17 Dominik Rigoll, Staatliche Ordnungspolitik und politischer Nationalismus in Deutschland, 1918–1973, vgl. URL: <<https://zzf-potsdam.de/de/forschung/projekte/staatliche-ordnungspolitik/>> [2.9.2020]. Das Projekt wurde in seiner ersten Phase vom Bundesinnenministerium gefördert. Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen der Forschungsgruppe um Frank Bösch und Andreas Wirsching.

18 Vgl. Uwe Puschner, Völkisch. Plädoyer für einen »engen« Begriff, in: Paul Ciupke (Hrsg.), »Die Erziehung zum deutschen Menschen«. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 53–66. Zum Konnex von Etatismus und Nationalismus vgl. Dietmar Schirmer, Schließung der Nation. Etatismus und Nationalismus im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Werner Rossade/Birgit Sauer/Dietmar Schirmer (Hrsg.), Politik und Bedeutung. Studien zu den kulturellen Grundlagen politischen Handelns und politischer Institutionen, Wiesbaden 2002, S. 163–173.

tionalstaat. Der nur »rassisch« geordnete »Großraum« ist eine rechte Utopie, wie sie die »herrschaftsfreie Gesellschaft« für linke Bewegungen darstellt.

Dieser Beitrag skizziert, wie sich der politische Nationalismus in Deutschland zwischen der Niederlage von Stalingrad 1943 und dem Anfang vom Ende der Denazifizierung um 1948 entwickelte und weshalb es sich lohnt, ihn nicht mehr entweder als »Nationalsozialismus« oder »Rechtsradikalismus« zu historisieren, sondern in einer integrierten Geschichte. Die Periode bietet sich an, weil in ihr – von den Rechten selbst wie ihren Gegnern – Weichen gestellt wurden, die den politischen Nationalismus zum Teil bis heute prägen. Der Beitrag unternimmt eine nationalismusgeschichtliche Relektüre von Schlüsseltexten sowie einer Auswahl an Studien, die zum politischen Nationalismus erschienen sind, ihren Gegenstand aber nicht als solchen erfassen. Werden sie in den Fußnoten genannt, heißt dies also nicht, dass sie die Perspektive des Haupttexts teilen. Erstens handelt es sich um nationalismusgeschichtliche Überblicke, die einen Eindruck davon vermitteln, wie der Nazismus und die Nachkriegsrechte zu einer Zeit historisiert wurden, da Historikerinnen und Historiker in Deutschland in der Regel davon ausgingen, organisierter Nationalismus habe seit 1945 eine Nischenexistenz geführt und werde dies weiter tun.¹⁹ Zweitens haben wir zeithistorische Studien zum Nazismus und seiner Nachgeschichte sowie zur Nachkriegsrechten einer Relektüre unterzogen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei solchen Arbeiten, die den politischen oder gesellschaftlichen Umgang mit Rechten untersuchen, denn der organisierte Nationalismus ist nur zu verstehen, wenn man neben diesem selbst auch den *organisierten Antinationalismus* studiert²⁰, der sich in dem hier untersuchten Zeitraum meist entweder als »Antifaschismus« oder »Antinazismus« verstand.

Sinnvoll ist die nationalismusgeschichtliche Relektüre dieser Forschungen nicht nur deshalb, weil die Begriffe, mit denen diese operieren, jeweils nur Teildimensionen des politischen Nationalismus erfassen. Sie ist auch angebracht, weil die Nutzung des Nationalismusbegriffs die internationale Vergleichbarkeit des Phänomens massiv erhöht und Verflechtungsanalysen erleichtert. Vor allem aber erscheint ein solcher Paradigmenwechsel vonnöten, weil die bisherige Nationalismusforschung, die zum deutschen Nachkriegsnationalismus nur extrem selten empirisch gearbeitet hat, auf einigen falschen Vorannahmen beruhte und daher – oft auch nur implizite – Thesen entwickelte, die einer empirischen Überprüfung nicht standhalten.²¹ Eine dieser Thesen lautet, der deutsche Nationalismus sei 1945 mit dem Nazismus gleichsam untergegangen, fand danach jedenfalls nie zu alter Kraft zurück. Der erste Abschnitt stellt dieser *Untergangsthese* eine *Transformationsthese* entgegen, wonach sich der organisierte und integrierte Nationalismus nicht in Luft auflöste, sondern nach Stalingrad andere Aggregatzustände einnahm als zuvor, die nationalismusgeschichtlich untersucht werden können. Der zweite Abschnitt widerspricht der These, wonach der deutsche Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg marginalisiert gewesen sei. Dieser *Mar-*

19 Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945; Wehler, Nationalismus; Alter, Nationalismus; Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa; Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990.

20 Auch in Anlehnung an Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie, Bd. 2, Zürich 1937, S. 62.

21 Nach Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt am Main 1991, tritt ein Paradigmenwechsel ein, wenn sich ein altes Paradigma als falsch oder unzureichend erweist.

ginalisierungsthese stellt er eine Nationalisierungsthese entgegen, die besagt, dass es seit 1945 neben Demokratisierungs- auch Nationalisierungsprozesse gab²², die integrierte und organisierte Rechte in politischer Arbeitsteilung²³ anstießen. So hoffen wir mit diesem Beitrag zeigen zu können, dass es sich lohnt, mit dem eingangs zitierten Theodor W. Adorno nicht von einem Verschwinden des Nationalismus auszugehen, nur weil rechte Parteien in Westdeutschland keine Wahlen gewannen: Der Nationalismus mochte gebändigt erscheinen, subkutan blieb er aber virulent²⁴ – und ist deshalb für uns heute analysierbar.

I. Kein Untergang: Mit Okzidental- und Europationalismus gegen die Anti-Hitler-Koalition (1943–1945)

Überblicke zur Nationalismusgeschichte behandeln die Jahre zwischen Stalingrad und Kapitulation oft nur in wenigen Zeilen als Periode des Untergangs und der Selbstzerstörung. Hans-Ulrich Wehler etwa, der in der NSDAP eine »radikalnationalistische Massenbewegung« und im Nazismus einen »extremen Nationalismus« sieht, der im Zweiten Weltkrieg »entfesselt« worden sei, spricht vom »Untergang des ›Dritten Reiches‹«; bei Heinrich August Winkler, für den der Nazismus die »bisher extremste Erscheinungsform des Nationalismus« darstellt, ist von einer »Selbstzerstörung des deutschen Nationalstaats« die Rede, die mit dem Genozid an den jüdischen Europäern »in ihre letzte Phase getreten« sei.²⁵ Die gleichen »Untergangs«-Topoi findet man in zeithistorischen Werken.²⁶ Hier soll eine andere Lesart der letzten Kriegsjahre und des Besatzungsbeginns vorgeschlagen werden, die nicht von einer Zerstörung oder einem Untergang des deutschen Nationalismus in dieser Periode ausgeht, sondern von einer Transformation, die nicht nur als das Ende von etwas Altem, sondern auch als der Anfang von etwas Neuem historisiert werden sollte. Betrachtet man die Entwicklung des Nazismus zwischen 1943 und 1945 aus nationalismusgeschichtlicher Perspektive, so fällt zunächst ein nationalistischer Okzidentalismus und Europäismus ins Auge, der schon davor existiert hatte, nun aber in den Vordergrund rückte, weil das Regime seit Stalingrad unter Druck stand und sich ernsthaft nach westlichen Bündnispartnern umsah, namentlich in den USA und Großbritannien, wo die Bildung einer

22 Vgl. auch George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1976. Der Begriff geht auf Hitlers 14 Punkte (»Nationalisierung der Massen«) zurück: Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band, Berlin 1943, S. 369–388.

23 In Anlehnung an Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung, Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1988 (zuerst frz. 1893).

24 Deshalb ist es auch problematisch, von einer »Rückkehr des Nationalismus« oder Ähnlichem zu sprechen, wie dies seit den späten 1945er-Jahren regelmäßig geschieht. Vgl. zuletzt etwa Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina u. a., *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019. Lesenswert hierzu auch Christian Geulen, *Zur »Wiederkehr« des Nationalismus*, in: *APuZ* 68, 2018, H. 48, S. 4–8.

25 Wehler, *Nationalismus*, S. 87f.; Winkler, *Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945*, S. 15.

26 Vgl. etwa Herbert, *Geschichte Deutschlands*, S. 511 und 538.

Anti-Hitler-Koalition unter Einschluss der Sowjetunion umstritten war.²⁷ Der *Europa- und Okzidentalnationalismus* war ungleich defensiver angelegt als der bisherige Staats- und Volksnationalismus und zielte – jedenfalls propagandistisch – nicht mehr auf Expansion, sondern auf den Schutz »Europas« respektive des »Abendlandes« vor dem »Bolschewismus«. Der Nazismus entwickelte in dieser Periode aber nicht nur seine Ideologie und Praxis weiter, sondern entfaltete auch eine immense Handlungsmacht (Agency) und Wirkungsmacht (Legacy) – trotz und gerade wegen der Zerstörungen und Völkermorde, die er verursachte und vorantrieb. Erstens ist hier der sogenannte Endkampf zu nennen, der zwar militärisch verloren ging, aber die seit 1933 andauernde Nationalisierung der Bevölkerung durch Propaganda und Organisation intensivierte und so viele Gesellschaftsschichten wie nie zuvor umfasste. Zweitens betrieb der politische Nationalismus trotz der militärischen Niederlage erfolgreich Zukunftssicherung für den Nationalstaat – zum einen durch Hilfsdienste für westalliierte Akteure, die späteren Kooperationen den Weg ebneten; zum anderen aber auch durch die millionenfache Ermordung potenzieller Gegner in Deutschland selbst und in Europa. Ein Ende setzte dem Morden erst die Besetzung des Reiches, die nicht nur die Zerschlagung der »Reichsnation« und die Masseninternierung rechter Gefährder mit sich brachte, sondern auch Allianzen zwischen integrierten Rechten auf deutscher und westalliiertes Seite.

Nationalisierung des Volkes: Propaganda und Organisation

Die innereuropäischen Ausprägungen des rechten Europäismus und Okzidentalismus sind von Johannes Dalfinger und Dieter Pohl als »nationalistisches Europa« untersucht worden.²⁸ Noch wenig erforscht ist, inwiefern dieser *nationalistische Internationalismus* eine der Quellen darstellt, aus der sich die von Axel Schildt und anderen untersuchte »Abendland«-Ideologie rechter Netzwerke in der Bundesrepublik speiste.²⁹ Im Deutschen Reich der Jahre 1943 bis 1945 wird die »Endkampf«-Variante dieses Nationalismus zum Beispiel durch die bekannte Rede verkörpert, die Joseph Goebbels im Februar 1943 als Gauleiter von Berlin und Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung auf einer Parteikundgebung im Berliner Sportpalast hielt. Im ersten, explizit an die »Weltöffentlichkeit« gerichteten Teil der Rede stellte Goebbels den möglichen Sieg der Roten Armee nicht nur als »Bedrohung des Reiches«, sondern auch Gefährdung des »europäischen Kontinents« wie des gesamten »Abendlandes« dar, da linke und jüdische Kräfte in den Ländern der Anti-Hitler-Koalition nur darauf warte-

27 Vgl. Dominik Rigoll, *Rekonziliarismus und Europäismus von rechts. Deutsch-französische Annäherung unter nationalistischen Vorzeichen (1914–1945)*, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), »Versöhnung« zwischen Vergessen und Erinnerung. Geschichte eines bewegten Konzepts, im Erscheinen.

28 Johannes Dalfinger/Dieter Pohl (Hrsg.), *A New Nationalist Europe under Hitler. Concepts of Europe and Transnational Networks in the National Socialist Sphere of Influence, 1933–1945*, Abingdon/New York 2019.

29 Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999; Darius Harwardt, *Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2019.

ten, eine Revolution vom Zaun zu brechen. Er prophezeite aber auch, das deutsche Volk werde den »Endsieg« aus eigener Kraft erringen – durch die Mobilisierung aller Ressourcen und der ganzen Bevölkerung für einen »totalen Krieg«.³⁰ Die Menschen, die Goebbels zujubelten, standen freilich nicht für das deutsche Volk als Ganzes, auch wenn die Rede so inszeniert und rezipiert wurde, sondern für jene Teile der nationalistischen Sammlungsbewegung, die sich auch dann nicht vom Regime abwenden wollten, wenn die »nationalen Erfolge« ausblieben.³¹ Auch wenn das im Sportpalast propagierte Unternehmen am Ende scheiterte und Deutschland den Krieg verlor, dürfte die von Goebbels geforderte Nationalisierung der Bevölkerung durchaus Erfolg gehabt und die ab 1945 einsetzende Demokratisierung entsprechend erschwert haben.

Wie Ian Kershaw und Sven Keller gezeigt haben, rekrutierte sich die Gruppe der »Endkämpfer«, die Goebbels in der Folge beim Wort nahm, in der Regel weniger aus den Eliten, die erst seit 1933 zu Nazis geworden waren, sondern aus den Funktionskorps der NSDAP und ihrer Gliederungen: Es waren oft »alte Kämpfer«, die sich in ihre »Kampfzeit« vor 1933 zurückversetzt fühlten, und »junge Idealisten«, die in den Nazismus hineingewachsen waren.³² Koordiniert und propagandistisch angefacht wurde der »Endkampf« unter anderem von Werner Naumann, der in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle im organisierten Nationalismus spielen sollte.³³ Eine systematische, etwa gruppenbiografische Analyse der hier involvierten Akteure, die auch nach etwaigen politischen Aktivitäten in den Jahren nach 1945 fragt, ist Desiderat. Eine Hypothese wäre, dass der »Endkampf« auch der Binnenmobilisierung von Aktivisten diene, die bereit waren, eine nationalistische Bewegung auch nach der Niederlage zu unterstützen, dieser also auch eine prospektive Seite hatte.

Wie eine Relektüre von Perry Biddiscombes Fallstudie zum »Werwolf« nahelegt, knüpfte die Nationalisierung praktisch und ideologisch an die Gewaltpropaganda und den Vigilantismus der »nationalen Opposition« in der Weimarer Republik an (»Freikorps Adolf Hitler«). Neben Guerilla-Strukturen, die von der Polizei/SS oder dem Goebbels-Ministerium organisiert waren, gab es Gruppen, die unabhängig davon handelten und oft aus Jugendlichen bestanden.³⁴ Nun wurden nicht mehr organisierte politische Gegner terrorisiert wie nach 1918, denn entsprechende Strukturen hatte das Regime zerschlagen, sondern wer sich der »nationalen« Kraftanstrengung verweigerte – von deutschen »Defätisten« über Zwangsarbeitende bis hin zu Menschen, die als Oppositionelle galten und denen unterstellt wurde, dass sie bereit waren, mit den Alliierten beim Aufbau einer demokratischen Ordnung zusammenzuarbeiten. Biddiscom-

30 Nach der unvollständigen Transkription der Rede auf 1000dokumente.de, URL: <https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0200_goe_de.pdf> [2.9.2020].

31 Zu deren Bedeutung für die Zustimmung der breiten Bevölkerung vgl. Wehler, Nationalismus, S. 86.

32 Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013; Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011. Vgl. außerdem Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg.), Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006.

33 Günter J. Trittel, »Man kann ein Ideal nicht verraten ...«. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013, Kap. I.

34 Perry Biddiscombe, Werwolf! The History of the National Socialist Guerrilla Movement 1944–1946, Toronto/Buffalo 1998. Vgl. auch Volker Koop, Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation »Werwolf«, Köln/Weimar etc. 2008, der die Bedeutung des Werwolf aber stark unterschätzt.

bes Schätzungen zufolge, die sich Kershaw vorsichtig zu eigen macht, fielen »Endkampf«-Praktiken bis zu 5.000 Menschen zum Opfer – darunter auch Personen, die in alliierten Vergeltungsaktionen starben.³⁵ Militärisch mochten diese Aktionen unbedeutend gewesen sein und bei nicht wenigen zu einer »Entlegitimierung des deutschen Nationalismus« im Sinne Heinrich August Winklers beigetragen haben. Wohl aber ließ sich die Bevölkerung durch den Terror einschüchtern und auf lokaler Ebene wurden potenzielle Gegenseiten dezimiert. Zudem provozierte der rechte Terror alliierte – besonders sowjetische – Militärs zu Strafaktionen, die diese andernfalls womöglich unterlassen hätten, was den Nationalismus und Antibolschewismus in der Bevölkerung zusätzlich befeuert haben dürfte. Die nationalistische Gewalt bei Kriegsende entfaltete also ihre volle Wirkungsmacht erst nach dessen Ende – so jedenfalls eine weitere zu überprüfende These. Vor allem aber harren die rechten Morde selbst einer systematischen Erforschung – genau wie ihre Vorläufer in der Weimarer Republik. Selbst zu dem vergleichsweise bekannten Attentat auf den ersten von den Amerikanern eingesetzten Bürgermeister – der Aachener Jurist Franz Oppenhoff – am 25. März 1945 durch ein arbeitsteilig vorgehendes Kommando aus Angehörigen der SS/Polizei, der Luftwaffe und des Grenzschutzes, einem Hitlerjungen und einem BDM-Mädchen liegen bislang nur journalistische Arbeiten vor, darunter eine sehenswerte Fernsehdokumentation von Hannes Heer aus den 1980er-Jahren.³⁶

Weitere Ideologeme und Praktiken des »Endkampfes« zielten auf die propagandistische und staatlich erzwungene Schaffung einer »nationalen Schicksalsgemeinschaft« ab, die so viele Teile der Bevölkerung wie möglich in das Projekt des »Endsieg« hineinzwang. Bestandteil der nationalistischen Propaganda war neben der Überhöhung der eigenen Nation zu dem einzigen Bollwerk, das »Europa« und das »Abendland« vor dem »jüdischen Bolschewismus« bewahren könne, ein *nationalistischer Antisemitismus*, dem zufolge insbesondere das amerikanische Judentum den deutschen Staat zerschlagen und das deutsche Volk versklaven wollte, sowie ein *nationalistischer Antislawismus*, die »Russenangst«.³⁷ Zu den Objekten dieser *Massenationalisierung* zählen an erster Stelle die an den »Heimatflaks« kämpfenden HJ- und jungen NSDAP-Angehörigen. Analog zu dem, was weiter oben über die älteren »Abendländer« gesagt wurde, sind auch diese jüngeren »Flakhelfer« in ihrer Bedeutung für die Westbindung und Westeuropaorientierung der Bundesrepublik vielfach untersucht worden, ohne systematisch zu überprüfen, in welchem Zusammenhang dieses Engagement mit dem Okzidental- und Europeanationalismus stand, aber auch zu dem nationalistischen Antislawismus und Antikommunismus, dem sie in den Jahren 1944/45 ausgesetzt waren

35 Biddiscombe, Werwolf, S. 276; Kershaw, Das Ende, S. 391f.

36 Wolfgang Trees/Charles Whiting, Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff, Aachen 1982; Der Mordfall Oppenhoff. Werwölfe auf den Trümmern des Nazireiches, Regie: Hannes Heer, 60 Min., Westdeutscher Rundfunk 1985.

37 Jeffrey Herf, The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge/London 2006; Kurt Pätzold, Antikommunismus und Antibolschewismus als Instrumente der Kriegsvorbereitung und Kriegspolitik, in: Norbert Frei/Hermann Kling (Hrsg.), Der nationalsozialistische Krieg, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 122–177.

respektive den sie selbst praktizierten.³⁸ Methodisch erscheint dies unter anderem insofern problematisch, als die »Erfahrungen« und »Überzeugungen« dieser Menschen während ihres Kriegseinsatzes in den Arbeiten von A. Dirk Moses, Malte Herwig und vielen anderen meist nicht anhand zeitgenössischer Quellen rekonstruiert wurden, sondern auf der Grundlage von Selbstauskünften nach 1945/49.³⁹ Genau umgekehrt verhält es sich mit anderen »Endkampf«-Phänomenen wie dem »Volkssturm« aller »waffenfähiger Männer« unter 60 zur Verteidigung der »Heimaterde«, die von Aktivisten angestachelten Lynchmorde an alliierten Fliegern und die Einbindung der Bevölkerung in den bis kurz vor Kriegsende möglichst geheim gehaltenen Judenmord durch »Todesmärsche«.⁴⁰ Hier wissen wir etwas mehr darüber, was 1944/45 passierte, haben aber kaum Studien, die der Frage nachgehen, wie die nationalistische Mobilisierung, der diese Personen ausgesetzt waren, nach 1945 nachwirkte.

Zukunftssicherung des Staats: Westkontakte, Genozide, Governance

Stellten die »Endkampf«-Aktivisten eine kleine Minderheit dar, dürfte die von der »Durchhalte«-Propaganda verbreitete Hoffnung, dass Amerikaner und Briten früher oder später eine antikommunistische Allianz mit dem Reich eingehen und so dann doch einen »Endsieg« im Osten ermöglichen würden, verbreiteter gewesen sein. Ein Schlüsseldokument stellt hier die – auf Wachsschallplatten aufgenommene, also auch für die Nachwelt gedachte – Rede dar, die Heinrich Himmler am 4. Oktober 1943 vor SS-Führern in Posen hielt. Die Rede muss auch vor dem Hintergrund geheimer Verhandlungen gelesen werden, die Himmler, der gerade den gesamten Sicherheitsapparat des Reiches unter sich gebracht hatte, über Emissäre mit dem US-amerikanischen Geheimdienst über eine deutsche Teilkapitulation im Westen führte – und die auf der Tonaufzeichnung freilich keine Erwähnung finden. Ziel dieser Geheimdiplomatie war es, die Westmächte davon zu überzeugen, dem Reich im Osten freie Hand zu lassen und so nicht nur viele amerikanische und britische Menschenleben, sondern auch Europa vor dem »Bolschewismus« zu retten. Den Begriff des »Abendlands« verwandte Himmler in der Rede anders als Goebbels zwar nicht, aber er beschwor, dass »Tugenden wie Treue und Kameradschaft Gemütswerte sind, die doch zutiefst nicht nur im deutschen, sondern im gesamten europäischen Menschenkreis wurzeln«. Außerdem

38 A. Dirk Moses, *German Intellectuals and the Nazi Past*, Cambridge/New York etc. 2007; Malte Herwig, *Die Flakhelfer. Wie aus Hitlers jüngsten Parteimitgliedern Deutschlands führende Demokraten wurden*, München 2013.

39 Dies auch als Ergänzung zur Kritik an der Flakhelfer-Historiografie von *Christina von Hodenberg*, *Zur Generation der 45er. Stärken und Schwächen eines Deutungsmusters*, in: *APuZ*, 2020, H. 4–5, S. 4–9. Vgl. ferner Dominik Rigoll, *From Denazification to Renazification? West German Government Officials after 1945*, in: *Camilo Erlichman/Christopher Knowles (Hrsg.), Transforming Occupation in the Western Zones of Germany. Politics, Everyday Life and Social Interactions, 1945–55*, London/Oxford etc. 2018, S. 252–269, hier: S. 253–256.

40 Vgl. etwa David K. Yelton, *Hitler's Volkssturm. The Nazi Militia and the Fall of Germany 1944–1945*, Lawrence 2002; Georg Hoffmann, *Fliegerlynchjustiz. Gewalt gegen abgeschossene alliierte Flugzeugbesatzungen 1943–1945*, Paderborn 2015; Martin Clemens Winter, *Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche*, Berlin 2018.

äußerte er die Hoffnung, dass die »Anglo-Amerikaner« den Krieg und die Anti-Hitler-Koalition bald leid sein würden. Als deutsches Kriegsziel hielt er fest, dass »das gesamte von uns, dem germanischen Volk, geleitete, geordnete und geführte Europa in Generationen seine Schicksalskämpfe mit einem bestimmt wieder hervorbrechenden Asien bestehen« können müsse. Um dies zu garantieren, sollte nicht nur der Völkermord an den Juden weiter forciert, sondern auch gegen Leute in den eigenen Reihen vorgegangen werden, die das nötige Maß an »Anständigkeit« vermissen ließen. Himmler grenzte die Polizei/SS und den von ihr organisierten Genozid hier als »anständig« von der »Korruption« und dem »schlechten Benehmen« altgedienter Parteimitglieder ab, denen er als oberster Polizist des Reiches mit ganzer Härte entgegenzutreten wolle, da sie den Nazismus von innen her gefährdeten: »Gerade der alte Nazi wird, wenn er sich verfehlt, herangekriegt und büßt oder – wenn die Fälle ganz schlimm sind – sühnt mit seinem Leben.«⁴¹

Die Nazismus-Forschung hat den »Anständigkeits«-Topos bislang entweder mit Blick auf die Frage untersucht, ob der »Nationalsozialismus« eine eigene »Moral« ausbildete, oder aber als das Produkt von miteinander konkurrierenden Patronage-Systemen.⁴² Darüber hinaus spricht einiges dafür, Himmlers Ausführungen über die staatsgefährdende Korruptheit mancher Parteigenossen ebenfalls vor dem Hintergrund seiner Westverhandlungen zu sehen. Denn wie zum Beispiel die Arbeiten von Kerstin von Lingen und Dieter Schenk zeigen, wurde der in der Tat aus Konkurrenzverhältnissen in der nazistischen Sammlungsbewegung heraus entstehende »Anständigkeits«-Topos bei geheimen Kontaktaufnahmen von Angehörigen der Polizei/SS respektive Abwehr mit den Westalliierten angewandt.⁴³ Nazis grenzten sich hier von anderen Nazis ab, die sich ungebührlich verhalten hätten. Zwei Jahre später, zur Zeit der Denazifizierung, sollte sich der Topos dann generalisieren. Denn auch nun galten aus Sicht vieler zu Denazifizierenden nicht die Organisatoren der Völkermorde als die zu bestrafenden Täter, sondern nur Personen, die »sich »unanständig« oder brutal gezeigt hatten«⁴⁴ – die unteren Chargen in den Lagern also, nicht die Verantwortlichen am Schreibtisch. In nationalismusgeschichtlicher Perspektive haben wir es bei der Posener Tonaufnahme mit der »Erfindung einer Tradition« im Sinne von Eric Hobsbawm⁴⁵ zu tun, die als Teil der okzidentalischen Wendung des deutschen Nationalismus zu sehen ist, aber auch dem Revisions- und Expansionsnationalismus der 1945er-Jahre, von dem noch die Rede sein wird, wichtige Dienste leisten sollte. Zugleich han-

41 Nach der Mitschrift der Rede auf 1000dokumente.de, URL: <https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0008_pos_de.pdf> [2.9.2020]. Zu Himmlers Position in der Zeit vgl. Stephan Lehnstaedt, Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: VfZ 54, 2006, S. 639–672.

42 Vgl. etwa Herlinde Pauer-Studer/J. David Velleman, »Weil ich nun mal Gerechtigkeitsfanatiker bin«. Der Fall des SS-Richters Konrad Morgen, Berlin 2017; Werner Konitzer/Raphael Gross (Hrsg.), Moralität des Bösen – Ethik und nationalsozialistische Verbrechen, Frankfurt am Main/New York 2009.

43 Kerstin von Lingen, SS und Secret Service. »Verschwörung des Schweigens«: die Akte Karl Wolff, Paderborn/München etc. 2010; Dieter Schenk, Die braunen Wurzeln des BKA, Frankfurt am Main 2003.

44 Lutz Niethammer, Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, hrsg. v. Ulrich Herbert, Bonn 1999, S. 372f.

45 Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge/New York etc. 2012 (zuerst 1983).

delt es sich um einen *nationalistischen Pseudoantiazismus*, der nichts mit Nazi-Gegnerschaft zu tun hatte, aber umso mehr mit Zukunftssicherung für Staatseliten.

Darüber hinaus steht die Posener Rede vom 4. Oktober 1943 aber auch für eine noch ganz andere Wirkungsmacht, die der Nazismus in den nächsten zwei Jahren entfaltete: In dieser Zeit wurde nicht nur der Genozid an den Juden, Sinti und Roma vorangetrieben, sondern auch die Strategie der »verbrannten Erde« in der UdSSR sowie der Mord an Hunderten Personen, die tatsächlich oder angeblich dem Netzwerk des 20. Juli angehört hatten. Wie der Terror der »Endkämpfer«, der die Nationalisierung der Bevölkerung vorantrieb, kam auch diesen Genoziden eine zukunftsichernde Funktion zu. Dies wird allerdings nur sichtbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Trägergruppen des Naziregimes im Angesicht der bevorstehenden Invasion in der Lage waren, »über den Tag ihrer eigenen Niederlage hinauszusehen und schon vorsorgend für die Zeit danach [...] zu handeln«. ⁴⁶ Wer wie Himmler hoffte, dass die traditionell ultra-antikommunistischen Vereinigten Staaten und das britische Empire im letzten Moment doch noch einem *Renversement des alliances* zustimmen würden, der versuchte mit der »Endlösung der Judenfrage« und der »verbrannten Erde« nicht nur eine »völkische« Utopie zu verwirklichen, sondern hatte auch durchaus rationale Gründe, die Sowjetunion auf dem Rückzug so zerstört zu hinterlassen wie irgend möglich und eine größtmögliche Anzahl von Menschen zu töten, die sich einer erneuten deutschen Invasion nach der Teilkapitulation im Westen entgegenstellen könnten. Mit der »Aktion Gitter« gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Angehörigen der Verschwörer des 20. Juli 1944 schließlich betrieb das Regime insofern Zukunftssicherung, als hier ein Teil der potenziellen Gegenelite ermordet wurde, die im Fall einer Besetzung des Landes durch die Alliierten nun nicht mehr bereitstand, was wiederum die Chancen für integrierte Nationalisten, sich selbst als unentbehrlich darzustellen, erhöhte.

Im Keim erstickt wurde durch die Morde der »Aktion Gitter« auch der Versuch des Widerstands, dem Nationalismus des Naziregimes eine Alternative gegenüberzustellen, die man als *Befreiungsnationalismus* bezeichnen kann. Wie eingangs ausgeführt, unterscheiden sich *nationistisch* Handelnde von nationalistischen Akteuren insofern, als zwar auch ihr Bezugsrahmen »die Nation« und »der Nationalstaat« ist, sie aber nicht auf Nationalismus als Integrationsideologie zurückgreifen, sondern auf Alternativen wie im Fall des Widerstands der Sozialismus, das Christentum und der Humanismus. Otto Dann analysiert sowohl die Widerstandstätigkeiten im Reich als auch Aktivitäten von Geflüchteten im Ausland als »nationalpolitisches Verhalten«, das eine »nationale Tradition präsentierte, an die man nach 1945 anknüpfen konnte«. ⁴⁷ Durch die Ermordung des Widerstandsnetzwerks, das neueren Forschungen zufolge ungleich größer und besser vernetzt war als angenommen ⁴⁸, obsiegte der *regierende Nationalismus* gegen den *oppositionellen Nationalismus* – und behielt so bis auf Weiteres das Heft des Handelns in der Hand.

46 So treffend Reinhard Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, Frankfurt am Main 1984, S. 232.

47 Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, S. 300–307, hier: S. 300.

48 Linda von Keyserlingk-Rehbein, *Nur eine »ganz kleine Clique«? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944*, Berlin 2018. Zur zivilen Vernetzung vgl. Ludger Fittkau/Marie-Christine Werner, *Die Konspirateure. Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944*, Darmstadt 2019.

Einen Beitrag zur Zukunftssicherung des deutschen Staats- und Volksnationalismus lieferte schließlich auch die bisher nur von Marlies G. Steinert in einem 1967 erschienenen Buch untersuchte Regierung Dönitz, deren Zusammensetzung einen »anständigen Nationalsozialismus« abzubilden versuchte, wenn man so will: ohne die »alten Nazis« Hitler, Goebbels, Martin Bormann, Hermann Göring, Alfred Rosenberg und auch ohne Heinrich Himmler – der Suizid beging, als ihm von alliierter Seite beschieden wurde, dass auch er untragbar war. Dahingegen schienen die nach dem »Reichsführer SS« kommende zweite und dritte Reihe mit Wilhelm Stuckart und Otto Ohlendorf durchaus als tolerabel.⁴⁹ Aus nationalismusgeschichtlicher Perspektive betrachtet war die 23-tägige Regierung des Großadmirals aber auch noch aus zwei weiteren Gründen keine mit jedem Tag »immer sinnlosere Kuriosität«, wie Ian Kershaw meint.⁵⁰ Sie verfügte vielmehr über eine beträchtliche Handlungs- und Wirkungsmacht – erst Recht, wenn man sie etwa mit den Antifa-Komitees vergleicht, die sich zur selben Zeit überall im Reich als Graswurzel-Initiativen bildeten (mehr dazu gleich). Erstens nutzte die Regierung Dönitz die kurze Zeit, die ihr blieb, um so viele Deutsche wie möglich in die Westzonen zu evakuieren, darunter Zehntausende Angehörige der Wehrmacht und des Sicherheitsapparates. Auf diese Weise wurde nicht nur – der volksnationalistischen Programmatik entsprechend – »deutsches Volkstum« aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich evakuiert. Es wurden auch Staatseliten dem Zugriff der Roten Armee entzogen. Eine weitere wichtige Weichenstellung war, dass die Regierung Dönitz, wie es in einem Regierungsbefehl vom 11. Mai 1945 heißt, in dem von ihr gehaltenen Gebiet für »Ruhe und Ordnung« sorgte – »im Einverständnis mit der britischen Besatzungsbehörde«. Außerdem verpflichtete sich Dönitz, die »Versorgung der Truppen und Zivilbevölkerung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sicherzustellen«.⁵¹ Was der deutsche Widerstand im Vorfeld des 20. Juli nicht geschafft hatte, gelang so den Durchhaltenationalisten: von den westlichen Alliierten als verlässliche, als »anständige« Partner anerkannt zu werden. So wurde Dönitz zwar am 23. Mai 1945 dann doch den Besatzungsbestimmungen gemäß verhaftet, aber in den Tagen davor war auf praktischer und personeller Ebene kooperative Governance zwischen deutschen Nationalisten und rechtsoffenen alliierten Militärs eingeübt worden, die später generalisiert werden konnte.

Militärische Ordnungspolitik gegen rechts – und mit Rechten

Beendet wurde das »Experiment des integralen Nationalismus in Deutschland«⁵² letztlich durch den gemeinsamen Einsatz einer Koalition von Nationalstaaten, ange-

49 Marlis G. Steinert, *Die 23 Tage der Regierung Dönitz. Die Agonie des Dritten Reiches*, München 1978 (zuerst 1967); vgl. außerdem Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 732–737.

50 So Kershaw, *Das Ende*, S. 511.

51 Zit. nach: Heinz-Ludger Borgert, *Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone 1945–1950*, in: ders./Walter Stürm/Norbert Wiggershaus, *Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland*, Boppard 1982, S. 89–133, hier: S. 95.

52 Niethammer, *Angepasster Faschismus*, S. 23.

führt von den drei Großmächten. Ein erstes Schlüsseldokument für die von der Anti-Hitler-Koalition in Bezug auf das Deutsche Reich praktizierte internationale und nationale Ordnungspolitik ist die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, in der die Regierungen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Botschafter der Republik China festlegten, dass der »Anschluss« Österreichs rückgängig gemacht und das Land als erstes Opfer des Reiches aus diesem ausscheiden sollte. Über Deutschland hieß es zunächst nur, dass Verbrechen in Gebieten »unter Nazi-Herrschaft« gesühnt werden sollten.⁵³ Ein zweites Schlüsseldokument ist die in Deutschland bekanntere Deklaration, die im Februar 1945 im kriegszerstörten Jalta unterzeichnet wurde. Auf der Krim beschlossen Stalin, Roosevelt und Churchill nicht nur die staatspolitische Abtrennung weiterer Territorien vom Reich (das Saarland und die Ostgebiete wurden französisch beziehungsweise polnisch verwaltet), sondern auch die »Niederwerfung«, »Besetzung« und »Kontrolle« Deutschlands durch eine Militärregierung. Außerdem bekräftigten die »Großen Drei« ihren »unbeugsamen Willen, den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.«⁵⁴ Nationalismusgeschichtlich betrachtet wurde also sowohl die »Zerstörung der Reichsnation« (Otto Dann) als auch die Zerschlagung des politischen Nationalismus beschlossen, dessen Bewegungscharakter der Begriff »deutscher Militarismus und Nazismus« abbildete. Die militärische Ordnungspolitik, die von den Alliierten in den Besatzungszonen implementiert wurde, hatte zwei Seiten – eine antinationalistische und eine imperialistische.

Der alliierte Antinationalismus umfasste in den ersten Monaten neben der systematischen Internierung von Personen, die man heute als *rechte Gefährder* bezeichnen würde, die ebenso systematische Rekrutierung von Personen, die daran anschließend als *liberale, konservative oder linke Garanten* bezeichnet werden können. Zentraler Baustein der Sicherheitsverwahrung für Gefährder war zum einen die von Andrew Beattie untersuchte Internierung von bis zu 400.000 Zivilisten aus dem nazistischen Bewegungs- und Staatsapparat sowie die Gefangennahme und teilweise Deportation von rund 12 Millionen Soldaten, der etwa Renate Held eine Fallstudie zu Großbritannien gewidmet hat.⁵⁵ Bei beiden Maßnahmen handelte es sich möglicherweise um eine ordnungspolitische Lehre aus der zentralen Rolle, die nationalistische Militärs ab 1917 bei der Organisation der »nationalen Opposition« gespielt hatten. Franz Neumann, dessen Buch »Behemoth« den Planern der Besetzung als »eine Art Bibel«⁵⁶ galt,

53 Vgl. Keith Sainsbury, *The Turning Point. Roosevelt, Stalin, Churchill, and Chiang-Kai-Shek, 1943. The Moscow, Cairo, and Teheran Conferences*, Oxford/New York etc. 1985.

54 *Kommuniqué* abgedruckt in Alexander Fischer (Hrsg.), *Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«*, Köln 1968, S. 182–189. In anderen Fassungen der Protokolle ist statt von »Nazismus« von »Nationalsozialismus« die Rede.

55 Andrew H. Beattie, *Allied Internment Camps in Occupied Germany. Extrajudicial Detention in the Name of Denazification, 1945–1950*, Cambridge/New York etc. 2020; Renate Held, *Kriegsgefangenschaft in Großbritannien: Deutsche Soldaten des Zweiten Weltkriegs im britischen Gewahrsam*, München 2012.

56 So der Historiker und ehemalige OSS-Mitarbeiter Felix Gilbert zit. nach: Barry M. Katz, *Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services, 1942–1945*, Cambridge/London 1989, S. 69.

hatte Hitler als »Produkt der Reichswehr« bezeichnet.⁵⁷ Das positiv-diskriminierende Gegenstück zur Internierung ist noch fast überhaupt nicht untersucht worden, obwohl es für die Eindämmung des politischen Nationalismus – und damit für die Demokratisierung – mutmaßlich eine nicht minder bedeutende Rolle spielte.⁵⁸ Der sogenannten Weißen Liste von 1.200 von den westlichen Geheimdiensten als »Anti-Nazi« oder »Nicht-Nazi« – und daher als potenziell »reliable« – eingestuft Personen ist bislang nur von dem Publizisten Henric L. Wuermeling ein Buch gewidmet worden, obwohl sie ein Who is who der späteren westdeutschen Prominenz darstellt: Konrad Adenauer, Hans Böckler, Theodor Heuss, Kurt Schumacher, Thomas Dehler und Theodor Eschenburg finden sich darunter sowie eine Reihe von Angehörigen des Widerstands, die nach dem 20. Juli 1944 ermordet wurden.⁵⁹ Das sowjetzonale Pendant dieser Garantenrekrutierung im Westen stellen die ungleich bekannteren Listen der Gruppe Ackermann, Gruppe Sobottka und Gruppe Ulbricht dar.⁶⁰ Eine gruppenbiografische Studie zu all diesen Listen, freilich allen voran der westdeutschen »White List«, ist ein Desiderat.

Die Ordnungspolitik der Alliierten hatte von Beginn an allerdings noch eine andere Seite, da sich deren Interessen nicht in der Niederhaltung des deutschen Nationalismus erschöpften, sondern auch den Ausbau der eigenen Großmachtstellung umfassten. Dies erklärt nicht nur, weshalb es in großem Umfang zu Deportationen deutscher Kriegsgefangener nach Frankreich und in die UdSSR kam, um Wiedergutmachung zu leisten, und weshalb deutsche Ingenieure in die USA geholt wurden, um Waffen und anderes nunmehr dort zu bauen.⁶¹ Es macht auch verständlich, weshalb die Antifa-Komitees von den Alliierten nur bei der Suche nach Nazis, nicht aber als Keimzellen einer demokratischen Gegenelite genutzt wurden: Da die »Antifas« Vorstellungen von Demokratie mitbrachten, die sich von denen der meisten Besatzer radikal unterschieden, wurden deren basisdemokratische Strukturen nicht etwa gefördert, sondern in allen Zonen aufgelöst.⁶² Dieser autonome Antifaschismus war also schon im Moment der »Stunde Null« weder in Ost noch West erwünscht. Sehr wohl möglich war dagegen, dass das Besatzungspersonal in der französischen Zone vor allem aus der Vichy-

57 Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Hamburg 2019 (zuerst 1944), S. 54.

58 Erste Skizzen bietet Rigoll, *From Denazification to Renazification?; ders., Wenn Pazifistinnen den inneren Frieden stören. Sicherheit, Generation und Geschlecht in der frühen Bundesrepublik*, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 2014, Nr. 66, S. 40–49.

59 Nach der selektiven Aufzählung von Henric L. Wuermeling, *Die weiße Liste. Umbruch der politischen Kultur in Deutschland 1945*, Berlin 1988, S. 283–294. Das Original liegt im Bundesarchiv.

60 Vgl. etwa Andreas Petersen, *Die Moskauer. Wie das Stalintrauma die DDR prägte*, Frankfurt am Main 2019. Ein deutsch-deutscher Vergleich zählt zu den Desideraten.

61 Fabien Théofilakis, *Les prisonniers de guerre allemands. France, 1944–1949. Une captivité de guerre en temps de paix*, Paris 2014; Klaus-Dieter Müller/Konstantin Nikischkin/Günther Wagenlehner (Hrsg.), *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956*, Köln/Weimar etc. 1998. Beide Themen haben bislang vor allem die Publizistik interessiert; eine systematische Erforschung und Integration in die Zeitgeschichte beider deutscher Staaten steht noch aus.

62 Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976; Jeannette Michelmann, *Aktivistinnen der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone*, Köln/Weimar etc. 2002.

Verwaltung kam, also oftmals aus Nationalisten bestand, die kein Interesse an einer allzu linken und liberalen deutschen Verwaltung hatten, während die Zusammenarbeit mit deutschen Rechten zum Beispiel aufgrund gemeinsamer politischer Gegner klappte.⁶³

In der US-Zone schließlich bestimmte mit General George S. Patton ein Mann die Ordnungspolitik der ersten Monate, der nicht nur überzeugter Antisemit und Antisozialist war, sondern auch bekennender Bewunderer des »deutschen« Durchhaltewillens. Am 8. Mai 1945 kündigte er vor Pressevertretern an, Waffen-SS-Männer nicht anders behandeln zu wollen als andere Gefangene – es gebe unter diesen »special sons of bitches« nur ein paar schwarze Schafe. Außerdem gab Patton sich davon überzeugt, dass die USA einen großen Fehler machten, wenn sie Europa der »Militärmacht Dschingis Khans« auslieferten, also der Roten Armee, anstatt diese jetzt sofort zurückzudrängen und so den »Frieden« zu sichern. Intern brüstete er sich, dass er lieber Prag »befreit« hätte anstatt Bayern zu regieren.⁶⁴ Wenn Albert Speer im März 1945 in einer Denkschrift die Hoffnung formulierte, dass ein »zähes Durchhalten an der jetzigen Front [...] dem Gegner Achtung abgewinnen und vielleicht doch noch das Ende des Krieges günstig bestimmen« könnte, dann hatte er vermutlich Militärs wie Patton im Blick, der mit solchen Ansichten in der US-Armee alles andere als allein war.⁶⁵ Wie Magnus Brechtken gezeigt hat, konnte sogar Speer selbst als Minister im Dönitz-Kabinett dem Magazin »Life« Interviews geben und so das Bild vom »anständigen Pflichterfüller« vom Mai 1945 an in den USA verbreiten. Zur selben Zeit knüpften auch die späteren Präsidenten des BND und des BKA – Reinhard Gehlen und Paul Dickopf – ihre ersten Kontakte mit dem amerikanischen Militär- beziehungsweise Zivilgeheimdienst.⁶⁶ Bisher sind diese Kontaktaufnahmen – ausgehend von dem, was in den Akten und den Memoiren der Beteiligten steht – als Kooperation zwischen Antikommunisten analysiert worden. Da viele dieser Akteure den Antikommunismus nur als Vorwand nutzten, um auch gegen alle anderen vorzugehen, die sie für verdächtig hielten⁶⁷, erscheint es präziser, von einer *transnationalen Arbeitsteilung zwischen integrierten Nationalisten* zu sprechen, bei dem sich der deutsche Nationalismus gleichsam hinter dem alliierten Nationalimperialismus versteckte.

63 Vgl. Julia Wambach, Vichy in Baden-Baden. The Personnel of the French Occupation in Germany after 1945, in: Contemporary European History 28, 2019, S. 319–341.

64 Zit. nach: Alan Axelrod, Patton. A Biography, New York 2006, S. 162ff. Zur Aktualität des Generals vgl. Arthur Alien, The Problem with Trump's Admiration of General Patton, in: Politico, 24.12.2016.

65 Zit. nach: Magnus Brechtken, Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017, S. 275, das folgende Zitat: S. 295f. Zum Gewicht von Pattons Position im Besatzungspersonal auch Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982, S. 231–236.

66 Vgl. Schenk, Die braunen Wurzeln des BKA, S. 104; Rolf-Dieter Müller, Reinhard Gehlen. Geheimdienstchef im Hintergrund der Bonner Republik: Die Biografie, Teil 1: 1902–1950, Berlin 2017, S. 421–470.

67 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953, Berlin 2018; Gerhard Sälter, Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«, Berlin 2016.

II. Keine Einsicht: Mit Revisions- und Expansionsnationalismus gegen die Ordnung von Potsdam (1945–1948)

Hans-Ulrich Wehler sieht im Jahr 1945 eine »fundamentale Zäsur in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Nationalismus«. Danach habe eine »tiefe Desillusionierung« um sich gegriffen: »Für eine ressentimentgeladene Verweigerung des Friedens, wie sie der gekränkte Nationalismus nach 1918 praktiziert hatte, blieb kein Raum mehr. Der Nationalstaat zerbrach, erst in vier Besatzungszonen, dann in die beiden Neustaaten von 1949.«⁶⁸ In der Bundesrepublik habe die »Mobilisierungs- und Integrationskraft« des Nationalismus »gegen Null« tendiert – »abgesehen vom schmalen rechtsradikalen ›Narrensaum‹ der Politik«. Heinrich August Winkler betont die Bedeutung der Systemkonfrontation und den Willen, aus der Geschichte zu lernen: »Die Einsicht, dass Deutschland nur dann eine Zukunft innerhalb der westlichen Zivilisation haben würde, wenn es sich von seiner Vergangenheit distanzierte, erleichterte den moralischen Bruch mit dem ›Dritten Reich‹.« Zudem sei »die öffentliche Moral nicht auf sich allein gestellt« gewesen: »Internationale Politik und Ökonomie halfen ihr kräftig nach. Der ›Kalte Krieg‹ führte zu einer Umkehrung der Allianzen und zur raschen Integration der beiden Staaten, die aus der Konkursmasse des Deutschen Reiches hervorgingen, in die neuen Blocksysteme.«⁶⁹ Demgegenüber soll auch in diesem Abschnitt eine andere Nationalismusgeschichte skizziert werden. Sie basiert auf der These, dass der politische Nationalismus nach 1945 nicht marginalisiert wurde, sondern sich transformierte, also andere Aggregatzustände als in der Weimarer Republik und der Hitlerdiktatur annahm. Wie in den Monaten davor, äußerte sich dies in einer ideologischen Neuausrichtung: Neben den Okzidental- und Europeanationalismus, der sich gegen die Anti-Hitler-Koalition formiert hatte, trat ein Revisions- und Expansionsnationalismus, der sich gegen die auf der Konferenz von Potsdam etablierte Nachkriegsordnung richtete, namentlich in Bezug auf die Denazifizierung, Demilitarisierung und Zerschlagung des Reiches. Virulent war das Phänomen allerdings nur in den Westzonen – in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war organisierter Nationalismus quasi inexistent. Auch die sozial integrierten Rechten scheinen sich hier der SED untergeordnet zu haben – systematische Forschungen dazu fehlen freilich. Etwas besser erforscht ist die Entwicklung in den Westzonen. Hier gelang es der organisierten Rechten trotz Reglementierung durch die Alliierten, vielfach auf die Entwicklung einzuwirken, namentlich auf eine Revision der Denazifizierung hin. Handlungsmacht entfalteten aber auch integrierte Rechte in alliierten Sicherheitsbehörden, wo deutsche Nationalisten seit 1945 jene Anti-Stalin-Koalition propagierten, die im Krieg noch nicht zustande gekommen war – und eine »Befreiung« Osteuropas vom »Bolschewismus«, die einhergehen würde mit einer Wiedergewinnung der »Ostgebiete«, auch wenn von Expansion keine Rede war. Auf diesen doppelten Druck von rechts reagierten demokratische Kräfte auf deutscher Seite meist mit einer Aneignung rechter Positionen – mit einer *Nationalisierung des Demokratischen*.

68 Wehler, Nationalismus, S. 87f.

69 Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, S. 15.

Desorganisierter und integrierter Nationalismus in der SBZ

Beginnen lässt sich die Relektüre der Literatur, die Auskunft über die Entwicklung des politischen Nationalismus und die gegen ihn in Stellung gebrachten Maßnahmen gibt, am besten mit Blick auf die SBZ, denn hier lagen die Dinge offenbar relativ einfach – zumindest in dieser Phase. So scheint die massenhafte Flucht nationalistischer Eliten in die Westzonen und die präventive Internierungspraxis der Sowjets zunächst die Auswirkung gehabt zu haben, dass sich nun – anders als nach dem Kriegsende und der Ausrufung der Republik von 1918 – keine größeren Strukturen bildeten, die gegen die Entwicklung opponierten. Perry Biddiscombe zufolge war die Rote Armee zwar mit Gruppen konfrontiert, die sich ihrer Verhaftung zu entziehen versuchten, sowie mit Scharfschützen (so in Zwickau), aber es spricht doch vieles dafür, dass es hier zunächst fast keinen organisierten Nationalismus mehr gab.⁷⁰ Wünschenswert wären mehr Fallstudien wie die von Andreas Weigelt über die Verhaftungspraxis sowjetischer Geheimdienste in und um Bad Freienwalde (Brandenburg). Weigelt zeigt, dass die Rote Armee die »Werwolf«-Propaganda sehr ernst nahm, nachdem sie beim Vormarsch regelmäßig von Guerillas angegriffen worden war, und auf der Grundlage der interalliierten Internierungsrichtlinien neben aktiven Nazis der mittleren und unteren Ebene (Ortsgruppen-, Block- oder Zellenleiter der NSDAP) vor allem Jugendliche in Speziallager internierte, die eine »Werwolf«-Schule abgeschlossen hatten.⁷¹ Ein Desiderat besteht vor diesem Hintergrund darin, die für ihre Insassen oft tödlichen Speziallager nicht nur als stalinistische Verbrechen oder Zwangsmaßnahmen zum Aufbau des Sozialismus zu analysieren⁷², sondern auch als militärische Ordnungspolitik gegen organisierten Nationalismus, die es in zu vergleichender Form auch in den Westzonen und in anderen Staaten gab.⁷³ Entsprechendes gilt für den zivilen Repressionsapparat, wie er etwa von Jens Gieseke untersucht wurde, oder die von Benita Blessing und Emmanuel Droit in den Blick genommene Umerziehungs- und Schulpolitik.⁷⁴

Als zivile Ordnungspolitik zur Integration von Nationalisten in die sozialistische Ordnung analysiert werden kann das 1946 einsetzende Werben der SED um die »kleinen Pg's«, auf das Jürgen Danyel schon früh hingewiesen hat, aber auch die von Stefan Wolle als »Willkür« interpretierte Praxis von Untersuchungskommissionen (»Wer Nazi war, entscheiden wir«).⁷⁵ Auch die 1948 erfolgte Gründung der »National-Demokratischen

70 Vgl. Biddiscombe, *Werwolf*, Kap. 5.

71 Andreas Weigelt, *Vorwurf: Aktiver Nazi, Werwolf oder Agent. Die Verhaftungspraxis sowjetischer Geheimdienste in und um Bad Freienwalde 1945–1955*, Berlin 2018.

72 Bspw. Alexander von Plato (Hrsg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Berlin 2000; Wolfgang Eisert, *Die Waldheimer Prozesse. Der stalinistische Terror 1950*, München 1993.

73 Zu den Nachkriegsäuberungen vgl. Marc Bergère/Jonas Champion/Emmanuel Droit u. a. (Hrsg.), *Pour une histoire connectée et transnationale des épurations en Europe après 1945*, Brüssel 2019.

74 Jens Gieseke, *Die Stasi. 1945–1990*, München 2011, S. 28–39; Benita Blessing, *The Antifascist Classroom. Re-education in Soviet-occupied Germany, 1945–1949*, New York 2006; Emmanuel Droit, *Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949–1989)*, Köln/Weimar etc. 2013; ders., *La Stasi à l'École. Surveiller pour éduquer en RDA (1950–1989)*, Paris 2009.

75 Jürgen Danyel, *Die SED und die »kleinen Pg's«*. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), *Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin 1999, S. 177–196; Stefan Wolle, *Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang*, Bonn 2015, S. 207–211.

Partei Deutschlands« (NDPD), mit der sich Christoph Schreiber befasst hat, kann als eine solche Maßnahme untersucht werden.⁷⁶ Während die »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« (CDUD) und die »Liberal-Demokratische Partei Deutschlands« (LDPD) die Aufnahme ehemaliger Nazis zunächst ablehnten, war die NDPD für die Sammlung von Personen zuständig, die sich dem »nationalen« Lager zugehörig fühlten oder Wert auf »soldatisches« Verhalten legten. Schreibers Studie zeigt, wie die NDPD als Teil desselben »antifaschistisch-demokratischen Blocks« einerseits ganz auf Linie der SED war und – auch durch die personelle Kontinuität der NDPD-Führung aus dem 1943 nach Stalingrad in der Sowjetunion gegründeten »Nationalkomitee Freies Deutschland« – die Abkehr der Parteimitglieder vom NS-Regime unterstrich. Andererseits propagierte die NDPD einen *propagandistisch* durchaus scharfen Nationalismus, der *programmatisch* jedoch nicht integral sein konnte, weil er sich dem »Zentrismus« der SED unterzuordnen hatte, die ihrerseits auf die Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration setzen konnte. Wünschenswert wären Forschungen, die herausarbeiten, welchen Einfluss die NDPD als integriert-nationalistische Akteurin auf den Staatssozialismus in der SBZ/DDR hatte.

Reglementiert-organisierter Nationalismus in den Westzonen

Unterzieht man nun auch Studien einer nationalismusgeschichtlichen Relektüre, die Auskunft über rechte Akteure, Ideologien und Praktiken in den westdeutschen Ländern geben, so fällt ins Auge, dass der Revisionsnationalismus gegen die Ordnung von Potsdam, der in der Kontinuität des Revisionsnationalismus gegen die Ordnungen von Versailles und Weimar stand, in zwei Aggregatzuständen auftrat. Der Zerfall der Sammlungsbewegung, die das Naziregime getragen hatte, und die alliierte Ordnungspolitik brachten es mit sich, dass neben dem gesellschaftlich integrierten wieder ein organisierter Nationalismus entstand – eine »nationale Opposition«. Anders als nach 1918 scheinen sich jedoch zunächst keine finanzstarken Geheimbünde gebildet zu haben, die in der frühen Weimarer Republik zentral für die Organisation der Gegenrevolution und ihrer Putschversuche gewesen waren. Aber bereits 1945/46 formierte sich in einem britischen Gefangenenlager der Geheimbund »Bruderschaft«, dem unter anderem der bereits erwähnte »Endkampf«-Propagandist und Goebbels-Mitarbeiter Werner Naumann angehörte.⁷⁷ Überhaupt entstanden – in der Kontinuität der Freikorps-Führer, die der Versailler Vertrag arbeitslos gemacht hatte – rechte Netzwerke aus Funktionsträgern, die aus ehemaligen Angehörigen der SS/Polizei und HJ bestanden, die aufgrund der in Potsdam beschlossenen Maßnahmen von Internierung bedroht waren. Peter Hammerschmidt, Friedemann Rincke und Scott Selby haben einiges über diese Netzwerke in Erfahrung gebracht⁷⁸; viel wissen wir aber noch nicht, so

76 Christoph Schreiber, »Deutsche, auf die wir stolz sind.« Untersuchungen zur NDPD, Hamburg 2018; vgl. außerdem Josef Haas, Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) – Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Diss., Erlangen/Nürnberg 1987.

77 Vgl. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 122–132.

78 Scott Andrew Selby, *The Axmann Conspiracy. A Nazi Plan for a Fourth Reich and How the U.S. Army Defeated It*, New York 2012; Friedemann Rincke, Die Organisationen »Elsa« und »Sonderverbindung«. Der nationalsozialistische Untergrund in Württemberg 1945/46, in: *Zeitschrift für Württembergische*

zum Beispiel, ob sie an der Terrorisierung von Denazifizierungspersonal beteiligt waren oder an den Brand- und Bombenanschlägen auf die dafür vorgesehenen Räumlichkeiten.⁷⁹ Möglich erscheint, dass Gerüchte, die die Furcht vor jüdischen »Displaced Persons« und alliierter Vergeltung anstachelten⁸⁰, nicht einfach so entstanden, sondern von organisierten Rechten in die Welt gesetzt wurden – in der Kontinuität rechter Propagandapraktiken vor 1945.

Während die Funktionsträgernetzwerke von den Alliierten nach jetzigem Kenntnisstand bis 1946 aufgelöst wurden, konnten nationalistische Parteien ab 1946 nur unter strengen Auflagen toleriert werden. Wie Frank Bösch gezeigt hat, bekamen Parteien, die nur das Attribut »deutsch« für sich reklamierten – die Deutsche Sammlung etwa –, zunächst keine Lizenzen.⁸¹ Als »national«, »völkisch« und »antisemitisch« durften sie sich ebenfalls nicht bezeichnen. Dieser Vorgang ist für die weitere Entwicklung des Nationalismus im Nachkriegsdeutschland – und damit auch der Demokratie und des Sozialismus – von immenser Bedeutung, da hier eine im Grunde bis heute spürbare Weichenstellung getätigt wurde: Nationalistische Parteien durften nicht als solche auftreten, sondern mussten sich als »konservativ«, »patriotisch«, »rechtsstaatlich« et cetera bezeichnen oder aber, was ebenfalls genehmigt werden konnte, ihren Nationalismus auf eine Region oder ein Land beschränken. Entsprechendes galt für Veteranenvereinigungen und Vertriebenenverbände.⁸² Ein nationalismusgeschichtliches Desiderat besteht mit Blick auf all diese Organisationen in der Beantwortung der Frage, wie dieses ordnungspolitisch erzwungene demokratische Mimikry die Entwicklung des organisierten Nationalismus prägte: Blieb es bei der bloßen taktischen Anpassung oder fand mit der Zeit eine politische Aneignung demokratischer Ideologeme und Praktiken durch die Rechte statt, die nicht nur ihre Propaganda, sondern auch ihre Programmatik veränderte? Auch hier lassen sich zudem Kontinuitätslinien zur Weimarer Republik aufzeigen, als sich die NSDAP sozialistische Ideologeme und Praktiken aneignete, um sie dann in einer Rechtsdiktatur umzusetzen.

Auch der bayerische und niedersächsische *Nationalregionalismus*, für den in den 1945er-Jahren die »Bayernpartei« (BP) und die »Niedersächsische Landespartei« (NLP) stehen, hatte mit der »Bayerischen Volkspartei« (BVP) und der »Deutsch-Hannoverschen Partei« (DHP) solche Vorläufer.⁸³ Ein weiteres Desiderat besteht hier in der Rekonstruktion der Handlungs- und Wirkungsmacht, über die der organisierte Nationalismus trotz vielfältiger Beschränkungen verfügte. Die bisher nur von Hans Woller

Landesgeschichte 74, 2015, S. 297–330; Peter Hammerschmidt, Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt am Main 2014, S. 66–121.

79 Alexander Perry Biddiscombe, *The Denazification of Germany. A History 1945–1950*, Stroud 2007, S. 193–200.

80 Vgl. etwa Anthony Kauders, *Democratization and the Jews. Munich, 1945–1965*, Lincoln/London 2004; Frank Biess, *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek 2019.

81 Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 52.

82 Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik 2004*; Samuel Salzborn, *Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung*, Hannover 2001, S. 15–17.

83 Vgl. Ingo Nathusius, *Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953*, Diss., Mainz 1992; Ilse Unger, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979.

in den 1980er-Jahren untersuchte »Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung« (WAV) etwa praktizierte einen ideologisch flexiblen *Nationalpopulismus*, der unter anderem darin bestand, den »Nazi«-Vorwurf ab 1946 einfach an die Linken und Liberalen zurückzugeben, von denen er oft kam, was auch deshalb erfolgversprechend war, weil der Nazismus, wie gesehen, einiges dafür getan hatte, möglichst breite Bevölkerungsschichten zu nationalisieren. Auch deshalb hatten sich nur wenige nach dem Krieg überhaupt nichts vorzuwerfen. 1946/47 stellte die WAV mit ihrem Parteichef Alfred Loritz, einem begnadeten Demagogen und rechten Gegner des Naziregimes, sogar den Sonderminister für Entnazifizierung und trug auf diese Weise maßgeblich dazu bei, dass die Denazifizierung im Freistaat in der Folge ad absurdum geführt wurde.⁸⁴ Zudem erzielten Rechtsparteien in Hochburgen, wo sie zur Wahl zugelassen wurden und ihre vor allem gegen die SPD gerichtete Propaganda entfalten durften, Spitzenergebnisse: Die hessische »Nationaldemokratische Partei« (NDP) kam 1948 in Wiesbaden auf über 24 %, die »Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei« (DKP-DRP) in Wolfsburg sogar auf knapp 70 % – mit dem 28-jährigen Soldaten Adolf von Thadden und späteren NPD-Gründer als Wahlkämpfer. Wenig später, nach Lockerung der alliierten Einschränkungen, bekannte die DKP-DRP stärker Farbe und benannte sich in »Deutsche Reichspartei« (DRP) um.⁸⁵ Rechte Parteien verfügten also bereits in den 1945er-Jahren über eine beachtliche Agency, wenn sie sich geschickt anpassten, und konnten dadurch Westdeutschland prägen (Legacy), namentlich in der Auseinandersetzung um die Legitimität einer Denazifizierung.

Reglementiert-integrierter Nationalismus in den Westzonen

Dem politischen Leben in den Ländern von Beginn an ihren Stempel aufdrücken konnten Rechte aber auch – und vielleicht vor allem – dann, wenn sie in staatlichen Institutionen oder gesellschaftlichen Teilöffentlichkeiten politische Akzente setzten, und dies obwohl die politischen Zugangsbedingungen zum öffentlichen Dienst in der Besatzungszeit für ehemalige Funktionselemente der Hitlerdiktatur um ein Vielfaches strenger waren als später in der Bundesrepublik und von den Alliierten auch kontrolliert wurden.⁸⁶ In Bayern etwa arbeiteten neben der WAV vor allem rechte Beamte in den Behörden und rechte Politiker in den Reihen der CSU, darunter der Regionalnationalist Fritz Schäffer, der auf der »Weißen Liste« gestanden hatte, gezielt auf die Sabotage der Denazifizierung hin.⁸⁷ Wie eine Relektüre der Studien von Jürgen Bevers, Erik Lommatzsch und Hans-Christian Jasch nahelegt, konnten der Rechtskatholik

84 Vgl. Hans Woller, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955*, Stuttgart 1982, S. 11–115; Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, S. 436–482.

85 Vgl. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 47–80.

86 Vgl. auch Dominik Rigoll, *Kampf um die innere Sicherheit: Schutz des Staates oder der Demokratie?*, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus*, Göttingen 2018, S. 454–497; ders., *From Denazification to Renazification?*; ders., »Ein Sieg der Ehemaligen«: Beamtenrechtliche Weichenstellungen für »45er« und »131er«, in: Bösch/Wirsching, *Hüter der Ordnung*, S. 413–441.

87 Vgl. Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, S. 190–198.

Hans Globke und der ausgewiesene Nazi Wilhelm Stuckart, die im Reichsinnenministerium zusammengearbeitet hatten, als Zeugen beim Nürnberger Militärtribunal den Nationalmythos von der »sauberen Verwaltung« öffentlich verbreiten, die – wie der ebenfalls dort perpetuierte Nationalmythos von der »sauberen Wehrmacht« – eine der großen Integrationsideologien der Bundesrepublik werden sollte und es bis zur Wehrmachtsausstellung blieb, um dann von der »Alternative für Deutschland« (AfD) wieder aufgegriffen zu werden.⁸⁸ Ganz ähnlich verhält es sich mit erfundenen Traditionen, die in Nürnberg über die Waffen-SS in die Welt gesetzt wurden, auch weil Nachgeborene wie Helmut Kohl und Ronald Reagan sie vor dem Hintergrund des zweiten Kalten Kriegs politisch aktualisierten.⁸⁹ Ein weiterer Grund, weshalb sich diese frühe Traditionsbildung von rechts so lange hielt, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass sie nicht nur »von oben« vonstattenging, sondern auch hunderttausendfach »von unten«. So lassen sich die von Hanne Leßau untersuchten *Entnazifizierungsgeschichten* nicht nur als retrospektive und individuelle »Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit« lesen, sondern auch als Beiträge zu einem prospektiven und kollektiven Nation-Building.⁹⁰ An Letzterem wirkten freilich nicht nur Rechte mit, die wieder integriert werden wollten, sondern auch Konservative, Liberale und Linke, die abwägen mussten, ob ihnen die Person, die vor ihnen saß, als integrierter oder als potenziell organisierter Rechter gefährlicher werden würde.⁹¹ Ein Desiderat stellt hier die Beantwortung der Frage dar, inwiefern mit der Rückkehr der bis zu 400.000 als potenzielle Gefährder internierten Rechten ins öffentliche Leben parallel zu den zeitgleichen Demokratisierungsversuchen eine *Nationalisierung der Demokratie* stattfand, bei der sich beide Prozesse verwickelten. Zudem stellt sich auch hier die Frage nach einer erst im historischen Rückblick sichtbar werdenden faktischen Arbeitsteilung zwischen integrierten und organisierten Rechten, dieses Mal mit dem gemeinsamen politischen Ziel einer Revision der in Potsdam errichteten Ordnung.

Nationalisierung des Demokratischen und nationalistische Arbeitsteilung

In Bezug auf den politischen Umgang mit dem Revisionsnationalismus ist eine Differenzierung zwischen deutschen und alliierten Akteuren sinnvoll. So war wohl einer der Gründe, weshalb organisierte und integrierte Rechte überhaupt so viel Handlungs- und Wirkungsmacht entfalten konnten, der ambivalente Umgang der Westmächte mit ihnen. Einerseits war die staatliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und

88 Jürgen Bevers, *Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur grauen Eminenz der Bonner Republik*, Berlin 2009; Erik Lommatzsch, *Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers*, Frankfurt am Main 2009; Hans-Christian Jasch, *Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung*, München 2012. Zur AfD vgl. etwa Gauland fordert Recht, stolz zu sein auf »Leistungen« in beiden Weltkriegen, in: *Die Welt*, 14.9.2017.

89 Vgl. Jan Erik Schulte/Michael Wildt (Hrsg.), *Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse*, Göttingen 2018.

90 Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020.

91 Vgl. auch Rigoll, *Kampf um die innere Sicherheit*.

kulturelle Ordnungspolitik, bei deren Konzeption und Implementierung oftmals Liberale und Linke – darunter viele aus Deutschland ausgebürgerte Geflüchtete – eine wichtige Rolle spielten, die unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Eindämmung der Rechten wie für die Förderung von konservativen, liberalen und (selten) linken Garanten. Neben der Denazifizierung und Umerziehung, zu denen Perry Biddiscombe und Karl-Heinz Füssl zonenübergreifende Überblicke vorgelegt haben, sind hier vor allem die Dekartellisierung und Demilitarisierung zu nennen, die noch nicht systematisch untersucht worden sind, obwohl sie eine nicht minder wichtige Rolle gespielt haben dürften, waren rechte Militärs und Industrielle doch nach 1918 feste Bestandteile der »nationalen Opposition« gewesen.⁹² Auch die parteipolitische und mediale Lizenzierungspolitik durch alliierte Militärs und Geheimdienste, die mit dem Verbot rechter Schriften und Demonstrationen einherging, wurde noch keiner systematischen Analyse unterzogen, obwohl anzunehmen ist, dass auch diese Maßnahmen einen wichtigen Beitrag dafür leisteten, dass rechte Wahl- und Propagandaerfolge – wie die der WAV – zwar existent, aber dennoch selten waren, obgleich alliierte Umfragen immer wieder zeigten, wie nationalistisch viele Deutsche dachten.

Begonnen wurde indes mit der Erforschung der anderen, seinerzeit geheim gehaltenen Ordnungspolitik der Westmächte, nachdem das Thema in den Jahren davor nur von der DDR-Historiografie oder der politischen Publizistik aufgegriffen worden war.⁹³ Gemeint ist die systematische Rekrutierung von Funktionsträgern des Naziregimes, die – analog zu dem, was über die sichtbare Ordnungspolitik gesagt werden kann – auf alliierter Seite in der Regel nicht Geflüchtete, Liberale oder Linke, sondern integrierte Rechte vorantrieben, deren Tätigkeit von Regierungsseite vielleicht geduldet, dieser vielleicht aber auch unbekannt war. Die Rede ist von der »Organisation Gehlen« (O. G.), dem späteren Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik, und von den rund 140.000 Personen umfassenden Dienstgruppen, aus denen in Teilen die Bundeswehr hervorging. Nationalismusgeschichtlich betrachtet knüpften beide Strukturen an den organisierten oder integrierten Nationalismus in der Weimarer Republik an, erhielten nach 1945 jedoch aufgrund der veränderten Situation eine neue Form. Die in ihrer Genese von Thomas Wolf untersuchte Geheimdienststruktur, die sich während der Besatzungszeit um Reinhard Gehlen bildete, nachdem dieser bei Kriegsende mit dem US-Geheimdienst in Kontakt getreten war, steht in der Kontinuität der »Organisation Consul« (O. C.), die sich nach Wolfgang Sauer ebenfalls als Teil eines noch aufzubauenden Militärgeheimdienstes verstanden hatte, was ihr aber der Versailler Vertrag und die »Erfüllungspolitik«, die sie ermordete, untersagten.⁹⁴ Nur wurde die Gruppe um Gehlen nach 1945 anders als die um Hermann Ehrhardt nach 1918

92 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*; Karl-Heinz Füssl, *Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955*, Paderborn/München etc. 1994.

93 Albrecht Charisius/Julius Mader, *Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes*, Berlin (Ost) 1980 (zuerst 1966); Christopher Simpson, *Blowback. America's Recruitment of Nazis and Its Effects on the Cold War*, New York 1988, in deutscher Übersetzung erschienen unter einem Titel, der die Problematik vergangenheitlich und so die Handlungsmacht der Rechten ausblendet: ders., *Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA*, Wien 1988.

94 Wolfgang Sauer, *Die Mobilmachung der Gewalt*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1974, S. 131.

nicht von nationalistischen Finanziers unterstützt, die eine Konterrevolution wünschten, sondern von amerikanischen Dienststellen bezahlt, deren Auftrag in der Herstellung von Sicherheit und Ordnung lag.⁹⁵ Auch die Dienstgruppen, die bislang noch nicht monografisch erforscht wurden und sich unter anderem aus den Truppenverbänden rekrutierten, die von der Regierung Dönitz in Absprache mit den Briten zusammengezogen worden waren, hatten einen Vorläufer in der Weimarer Republik: die sogenannte Schwarze Reichswehr. War letztere nach Rüdiger Bergien von rechten Militärs gegründet und von demokratischen Politikern geduldet worden, die sich den Versailler Demilitarisierungsaufgaben widersetzen wollten, stellten die Dienstgruppen für deutsche und »anglo-amerikanische« Militärs eine Möglichkeit dar, trotz der Demilitarisierungsaufgaben des Potsdamer Abkommens von 1945 auf die Arbeitskraft ehemaliger Wehrmachtsangehöriger zurückzugreifen, was für sie den Vorteil hatte, dass sie mehr Truppen aus den Westzonen abziehen konnten, um sie entweder nach Asien oder nach Hause zu schicken.⁹⁶ Ein weiteres Beispiel ist die sogenannte Historical Division, in der ehemalige Offiziere der Wehrmacht im Auftrag der USA militärische Lehren aus dem »Russlandfeldzug« erarbeiteten. Sie kann als Nachkriegsversion der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen analysiert werden: Während die Zentralstelle in der Weimarer Republik die Mitschuld des Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkriegs negierte, um eine Revision der Versailler Ordnung zu legitimieren, blendete die »Historical Division« die Tatsache aus, dass die Massenverbrechen des Nazismus, allen voran die 27 Millionen Toten des Eroberungskriegs gegen die UdSSR, ohne die Arbeitsteilung zwischen Partei, Wehrmacht, Bürokratie und Wirtschaft nie hätten begangen werden können. Ziel war die Revision der Potsdamer Ordnung – dieses Mal aber mit Hilfe aus den Reihen der Kriegsgewinner.⁹⁷ Zu erforschen wäre, inwiefern in diese transnationale Arbeitsteilung nicht nur deutsche Militärexpertise einfluss, sondern auch deutscher Europa- und Okzidentalnationalismus sowie nationalistischer Antislawismus in der Kontinuität der nazistischen »Endsieg«-Pläne.

Aus diesen Strukturen heraus entwickelte sich von 1945 an ein Expansionsnationalismus, der den Revisionsnationalismus um eine außenpolitisch-militärische Komponente ergänzte und mit dem Argument auf eine Rückgängigmachung der Demilitarisierung drängte, dass Mittel- und Osteuropa nur mit deutscher Expertise vom Kommunismus »befreit« werden könne. Propagiert wurde diese Vision freilich nicht nur von deutschen, sondern auch von amerikanischen Nationalisten – in der Kontinuität des 1945 verstorbenen Patton. Von einem deutschen Eroberungskrieg in Osteuropa war in diesen Visionen freilich nicht die Rede, sondern von der Abwehr einer »Invasion« und von der Erringung von »Freiheit« für die Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich. Dies machte diese Forderungen kompatibel mit liberalen und kon-

95 Vgl. Thomas Wolf, *Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle*, Berlin 2018.

96 Vgl. Borgert, *Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen*; Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung« in Deutschland 1918–1933*, München 2012.

97 Esther-Julia Howell, *Von den Besiegten lernen? Die kriegsgeschichtliche Kooperation der U.S. Armee und der ehemaligen Wehrmachtselite 1945–1961*, Berlin 2015; Ulrich Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983. Zum selben Phänomen im Nationalsozialismus vgl. Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt am Main 1999.

servativen Positionen aufseiten der Westmächte. Als die USA im Jahr 1947 eine geheime »Liberation Policy« implementierten, die unter der Mitarbeit nationalistischer Emigranten aus Mittel- und Osteuropa ebendiese »Befreiung« vorbereitete, war dies auch ein Erfolg transnationaler Arbeitsteilung integrierter Rechter.⁹⁸

Wie gingen die konservativen, liberalen und linken Deutschen, die 1945 von den Alliierten als Garanten auf Schlüsselpositionen gehievt worden waren, mit der Rückkehr der Gefährder und der damit einhergehenden Rekonfiguration des organisierten und integrierten Nationalismus um? Das methodische Problem, das sich bei der Beantwortung dieser Frage stellt, besteht darin, dass die, die in den Ländern der westlichen Besatzungszonen politische Verantwortung trugen, in den Quellen wenn überhaupt nur sehr beiläufig über die in den letzten Absätzen behandelten Probleme sprachen. Viel präsenter als der politische Nationalismus ist in diesen Dokumenten der organisierte und integrierte Kommunismus. Die Forschung hat vor diesem Hintergrund eine These aufgestellt, die sich an den Deutungen vieler Zeitgenossen orientiert: Mit dem »Kalten Krieg« sei auch für die meisten Nazigeegner die »braune Gefahr« hinter der »roten Gefahr« weit zurückgetreten. Wir halten die Kalter-Krieg-These für falsch. Plausibler erscheint uns, dass seit 1945 politisch aktive und eng mit den Westalliierten kooperierende Nazigeegner wie Kurt Schumacher und Konrad Adenauer in ihrer politischen Kommunikation nur so taten, als sei das Problem des Nationalismus angesichts der kommunistischen Bedrohung (zumindest weitgehend) erledigt.⁹⁹ Wenn beide »verharmlosend« über die nationalistische und »hysterisch« von der kommunistischen Gefahr sprachen, handelte es sich um politische Sprechakte, die sie in die Lage versetzten, den Antikommunismus halbwegs glaubwürdig für das entstehende westdeutsche Gemeinwesen als *nationistische Integrationsideologie* zu nutzen. Letztere sollte nicht nationalistisch sein und doch so viele Rechte wie möglich einbinden¹⁰⁰ – ein Phänomen, das von linken und liberalen Beobachtern (auch im Ausland) bis in die frühe Bundesrepublik hinein als »neuer Nationalismus« bezeichnet wurde.¹⁰¹

Der Antikommunismus war jedoch nicht die einzige Ersatzideologie für den Nationalismus. Wie eine nationalismusgeschichtliche Relektüre der Arbeiten von Frank Bösch und Kristina Meyer zur CDU und SPD nahelegt, wurden auch Autoritarismus und Chauvinismus für demokratisches Nation-Building genutzt, um die organisierte Rechte klein und die integrierten Rechten loyal zu halten. Dass sich Adenauer und Schumacher beide von 1945/46 an mit wachsendem Nachdruck gegen die ehrgeizigen Denazifizierungspläne wandten, die an der Basis ihrer sich gerade erst (re-)konstituierenden Parteien zu diesem Zeitpunkt auf großen Anklang stießen, wäre aus dieser Perspektive nicht als »neuer Nationalismus« zu interpretieren. Nationalismusgeschichtlich

98 Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln/Weimar etc. 2002.

99 Vgl. auch Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013; ders., *Kampf um die innere Sicherheit*; ders., *From Denazification to Renazification?*

100 In Weiterführung eines zu Recht häufig zitierten Arguments von Christoph Kleßmann, der den Antikommunismus schon früh als »konsensfähige Integrationsideologie« bezeichnet hat (*Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–55*, Bonn 1986, S. 257f.).

101 Vgl. auch Hélène Miard-Delacroix, *Question nationale allemande et nationalisme. Perceptions françaises d'une problématique allemande au début des années cinquante*, Villeneuve d'Ascq 2004.

betrachtet handelte es sich zum einen um *anti-antinationalistische* Spitzen gegen die Denazifizierung und die Denazifizierer, die im Einklang mit der Auflösung der »Antifas« durch die Alliierten standen und die Funktion hatten, der Anti-Denazifizierungs-Propaganda der organisierten Rechten das Wasser abzugraben. Zugleich haben wir es mit einem *Wiederaufbaunationalismus* zu tun, der an den oben skizzierten *Befreiungsnationalismus* des Widerstands anknüpfte und der kompensieren sollte, dass bloße »Wiederaufbau-Rhetorik« gegenüber dem »alten, nun diskreditierten Nationalismus« nur ein »äußerst schwaches Integrationsband« blieb.¹⁰² Wobei zu präzisieren wäre, dass sich der Nationalismus nach 1945 nicht nur deshalb zurücknahm, weil er durch die Nazis diskreditiert, sondern auch und vor allem weil ihm diese Zurückhaltung von den Alliierten auferlegt worden war. Neben der vielfach beschriebenen nationalistischen Arbeitsteilung etablierte sich also eine *nationistische Arbeitsteilung*, deren Erforschung ebenfalls zu den Desideraten der zeithistorischen Nationalismusforschung zählt, die dieser Beitrag mitbegründen möchte.

III. Zwischenfazit: Zur Archäologie des Nationalismus in Deutschland

Weshalb lohnt es sich nun, die beiden Phänomene, die in der Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaft momentan zumeist getrennt voneinander als »Nationalsozialismus« und »Rechtsradikalismus« oder »Rechtsextremismus« untersucht werden, in einer Zeitgeschichte des politischen Nationalismus gemeinsam zu historisieren? Die Antwort, die wir auf diese Ausgangsfrage nach einer nationalismusgeschichtlichen Relektüre zeithistorischer Studien geben möchten, lautet: Wenn man den Nazismus und die deutsche Nachkriegsrechte systematisch als Bestandteile einer nationalistischen Bewegung analysiert, die im 19. Jahrhundert in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern entstand und die auch im 21. Jahrhundert in unterschiedlichsten Ausprägungen weiter existent ist, können beide ungleich präziser als bisher in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verortet werden. Wie eine solche Verortung der Nationalismusgeschichte in der deutschen Zeitgeschichte aussehen könnte, soll abschließend am Beispiel unseres Gegenstands skizziert werden: die Transformation des politischen Nationalismus und der Wandel seines politischen Einflusses in Deutschland von der Endphase des Naziregimes zur Endphase der alliierten Militärbesatzung. Die Beschäftigung mit dem organisierten und integrierten Nationalismus in dieser Periode kommt dabei einer Archäologie des Nationalismus im gegenwärtigen Deutschland gleich, wie man in Anlehnung an zwei Quelleneditionen von Alfons Söllner »Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland« in den Jahren 1943 bis 1949 formulieren könnte.¹⁰³ Tatsächlich wurden in dieser kurzen Zeitspanne nicht nur von deutschen Nationalisten selbst, sondern auch von ihren politischen Gegenspielern auf

102 So treffend Bösch, *Die Adenauer-CDU*, S. 43. Zur SPD vgl. Kristina Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*, Göttingen 2015, S. 23–111.

103 Alfons Söllner (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 1: *Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945*, Frankfurt am Main 1982; ders., *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 2: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949*, Frankfurt am Main 1986.

alliiert und deutscher Seite nicht wenige struktur- und diskursprägende Weichen gestellt, die den politischen Nationalismus – und damit die Demokratie und den Sozialismus im geteilten Deutschland – zum Teil über Jahrzehnte hinweg prägten.

Der erste Teil des Beitrags hat gezeigt, dass der Nazismus im Angesicht des sich nach Stalingrad abzeichnenden Scheiterns seines Eroberungs- und Kolonisierungskriegs einen nationalistischen Okzidentalismus und Europäismus propagierte, der die Anti-Hitler-Koalition spalten und der Bildung einer Anti-Stalin-Koalition unter Einschluss des Reiches zur Rettung des »Abendlands« respektive »Europas« vor dem »jüdischen Bolschewismus« den Weg ebnet sollte. Dieses Unterfangen scheiterte zwar, aber dem Regime gelang es in dieser Phase dennoch, eine Reihe von Voraussetzungen nicht nur für ein Überleben des politischen Nationalismus nach der militärischen Niederlage, sondern auch für dessen bleibenden Einfluss in der Nachkriegsordnung zu schaffen. Von dieser Zukunftssicherung profitierten allen voran die nationalistischen Funktionselemente, die das Regime bis dahin getragen hatten und nach dem Krieg als gesellschaftlich integrierte Nationalisten die Geschicke des (westdeutschen) Gemeinwesens weiterhin mitbestimmten. Erstens wurden mit der »Aktion Gitter« nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler Hunderte Angehörige einer potenziellen Gegenelite ermordet, was die Ausgangsposition von Ex-Nazis nach dem Krieg verbesserte und die »Erfindung« einer Widerstandstradition nach französischem oder DDR-Muster in der Bundesrepublik erschwerte. Zweitens knüpften deutsche Nationalisten im Militär- und Sicherheitsapparat bereits 1944/45 wertvolle Westkontakte mit rechten oder rechtsoffenen Akteuren aufseiten der Westmächte, auf deren Grundlage dann Strukturen entstanden, aus denen sich später der in die NATO integrierte Militär- und Sicherheitsapparat der Bundesrepublik entwickeln sollte. Ideologisch angeknüpft werden konnte bei dieser Form der Westbindung – drittens – nicht nur an den Okzidental- und Europeanationalismus mitsamt seines nationalistischen Antislawismus, sondern auch an einen von Himmler und anderen geprägten nationalistischen Pseudo-Antinazismus, bei dem sich Nazis von anderen Nazis mit dem Argument distanzieren, dass diese nicht »anständig« gehandelt hätten – ein Topos, der bei der Denazifizierung und der anschließenden Wiederverwendung wohl zehntausendfach Verwendung fand. Die personelle Basis einer solchen Personalentwicklung wurde – viertens – auch von der Regierung Dönitz im Mai 1945 geschaffen, die mit Einverständnis der Westmächte eine große Zahl von Angehörigen der Sicherheitsapparate aus dem sowjetischen Einflussbereich in die Britische Zone evakuierte. Vom »Endkampf« der Hitlerdiktatur profitieren konnten – fünftens – aber möglicherweise auch *organisierte Nationalisten*, denen es in den 1945er-Jahren dort, wo sie es auf lokaler Ebene punktuell durften, mithilfe von nationalistischer Propaganda durchaus gelang, Mehrheiten bei Wahlen zu erzielen. Plausibel erscheint, dass diese Mobilisierbarkeit der Bevölkerung von rechts auch eine Folge ihrer intensiven Nationalisierung in der letzten Kriegsphase ist. Wichtige Weichen, die den Handlungsspielraum des politischen Nationalismus auf Jahre und zum Teil Jahrzehnte hinweg einschränken sollten, wurden zwischen 1943 und 1945 aber freilich auch von den Alliierten gestellt, namentlich durch die Zerschlagung des Reiches, die Abtrennung großer Territorien, die Besetzung und Aufteilung des Landes in voneinander abgeschottete Zonen sowie die millionenfache Gefangenennahme deutscher Soldaten und hunderttausendfache Internierung rechter Gefährder.

Der zweite Teil des Beitrags behandelte zunächst die alliierten Weichenstellungen zur Eindämmung des politischen Nationalismus in Deutschland in den Jahren 1945 bis 1948. Vergleichsweise leicht hatte es in dieser Hinsicht die Militäradministration in der SBZ. Wegen des sowjetischen Repressionsapparates und weil das Gros der rechten Funktionseliten geflüchtet war, bestanden dort nach jetzigem Kenntnisstand weder größere rechte Netzwerke noch gab es ein Heer an Deklassierten, das auf »Wiederverwendung« als Berufssoldat oder Beamter drängte. So war es möglich, mit der NDPD eine »nationaldemokratische« Blockpartei für die »nationale« Klientel zu schaffen, die sich der SED unterordnete. In den Ländern der Westzonen hatten es die Alliierten dagegen mit einer Vielzahl an rechten Parteien und Vereinigungen zu tun, deren Zulassung aber ebenso reglementiert wurde wie der Zugang zum Staatsdienst. Auch bei den antinationalistischen Strukturen der Besatzer handelte es sich um Weichenstellungen, denn viele wurden nach 1949 auf die eine oder andere Weise weitergeführt, namentlich durch die Ämter für Verfassungsschutz und das Ministerium für Staatssicherheit. Konterkariert wurde derart organisierter Antinationalismus in den Westzonen allerdings durch die Personalpolitik alliierter Strukturen wie der Organisation Gehlen, wo nationalistische Rechte in großer Zahl tätig waren und mit Gleichgesinnten auf alliierter Seite auf die »Befreiung« Westdeutschlands, der SBZ sowie ganz Osteuropas vom »Bolschewismus« hinarbeiteten. Dies mochte auch dazu beigetragen haben, dass in den USA 1947 Geheimstrukturen entstanden, die eben diese »Liberation« vorbereiteten – unter Mitarbeit nationalistischer Emigranten aus Mittel- und Osteuropa. Auch vor diesem Hintergrund bildete sich in den Westzonen aus dem Okzidental- und Europeanationalismus heraus ein Revisions- und Expansionsnationalismus, der sich freilich nicht offen als Nationalismus zu erkennen gab, sondern die alliierte Denazifizierung und Demilitarisierung mit dem Argument attackierte, dass beide den »Rechtsstaat«, die »Freiheit« und den »inneren Frieden« zerstörten, was den Aufbau einer Demokratie gefährde. Von Rechten geprägt wurden in dieser Zeit auch die beiden Nationalmythen von der »sauberen Wehrmacht« und der »sauberen Verwaltung«, die an den »Anständigkeits«-Topos der Kriegszeit anknüpften und in der Bundesrepublik bis heute wirkmächtig sind. Getragen wurden beide Nationalismen sowohl von rechten Parteien, die auf lokaler und regionaler Ebene zugelassen wurden, wenn sie ihre Programmatik und Rhetorik anpassten, als auch von integrierten Rechten in den Verwaltungen der Kommunen und Länder. Rechtsoffene Christdemokraten wie Adenauer machten sich solche Forderungen ab 1945 zu eigen. Rechtsoffene Sozialdemokraten wie Schumacher folgten erst später – auch aufgrund des Drucks von rechts. Die Abwicklung der Denazifizierung ab 1948 war also nicht das Produkt eines gesellschaftlichen Konsenses, sondern einer erfolgreichen Arbeitsteilung von integrierten und organisierten Nationalisten auf deutscher wie alliierter Seite, unterstützt von rechtsoffenen Akteuren aus dem demokratischen Spektrum, die um die Stimmen der Nationalisten buhlten. Die Nationalisten wurden dabei mit Begriffen wie »Ehemalige«, »Gestrigte« oder »Belastete« belegt, was das Problem vergangenheitlichte. Auch hier handelt es sich um eine Weichenstellung insofern, als sie zeigt, dass Nationalisten im Nachkriegsdeutschland ihre Interessen durchsetzen konnten, wenn sie sich an gewisse Regeln hielten und sich einer demokratiekompatiblen Sprache bedienten. Auch dies ist ein Phänomen, das der Bundesrepublik erhalten blieb.

Schließen möchten wir mit dem Hinweis auf drei Forschungsprobleme, die der Beitrag nicht eigens in den Blick nehmen konnte. Da ist erstens die Frage nach dem Verhältnis zwischen politischem Nationalismus und gesellschaftlichem Rassismus. Wie in der Einleitung kurz ausgeführt, reiht sich der Rassismus aus nationalismusgeschichtlicher Perspektive in den Ideologien-Reigen ein, aus dem sich der integrale und politisch organisierte Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert zusammensetzte. Chauvinismus, Antisozialismus, Antipluralismus, Eugenismus und andere gehören ebenso dazu. Was aber ist der Nationalismus aus rassismusgeschichtlicher Perspektive? Um Fragen wie diese klären zu können, erscheint uns die Etablierung einer zeit-historischen Rassismusforschung, die sich auch der Zeitgeschichte des Antisemitismus annimmt, genauso angezeigt wie die Arbeit an einer Zeitgeschichte des Nationalismus.¹⁰⁴ Eine zweite zentrale Frage, die der Beitrag nur streifen konnte, ist die nach dem Zusammenwirken zwischen deutschen Nationalisten und ihren Pendanten auf westalliierten Seite. Das Beispiel General Pattons und auch das der von ihm mit geschaffenen »Historical Division« konnte hier nur einen flüchtigen Eindruck davon vermitteln, dass der Prozess der »Westernisierung« neben der von der zeithistorischen Forschung untersuchten (sozial-)liberalen auch eine nationalistische Dimension hatte. Auf diesem Gebiet waren es nicht unbedingt die Westdeutschen, die von den Amerikanern lernten und zu ihnen aufschauten, sondern es war oft umgekehrt. Gänzlich ausgeklammert hat der Beitrag drittens die nicht minder wichtige Frage nach der internationalen Vergleichbarkeit – freilich nicht der hier untersuchten Kontexte, die historisch einmalig sind, aber doch der Konstellationen, Prozesse und der diesen zugrunde liegenden Logiken. Festhalten wollen wir zum Abschluss nur, dass sich die transnationale Verortbarkeit von Untersuchungsgegenständen auf der rechten Seite des politischen Spektrums unserem Dafürhalten nach stark erhöht, wenn man sich eines nationalismusgeschichtlichen Ansatzes bedient. Dann muss man sich zum Beispiel nicht mehr fragen, wie »faschistisch« denn nun die »Action française« war und ob es vertretbar ist, diese oder jene rechte Bewegung der Vergangenheit oder auch der Gegenwart mit dem Nazismus zu vergleichen. Vielmehr könnten sehr unterschiedliche Formen von organisiertem, politischem Nationalismus mit den Methoden der Nationalismusforschung leichter miteinander verglichen werden: von der Diktatur António de Oliveira Salazars und der Hitlerdiktatur über die »Nationaldemokraten« im Nachkriegsdeutschland und den »Front National« in Frankreich bis hin zum Trumpismus und zur AfD.

104 Vgl. auch Maria Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: AfS 56, 2016, S. 463–484; Stefanie Schüler-Springorum, Das Untote: Warum der Antisemitismus so lebendig bleibt und ist, in: Kursbuch, 2020, Nr. 203, S. 53–64.